

Volkstimme

Einzelpreis 20 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages, — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von Ernst Müller & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1411. Für Inserate 1961 für die Zeit vom 1. Januar 1920, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzustellungsorte: Magdeburg, Seite 17.

Regulärer Preis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 6.75 RM, monatlich 2.25 RM. Beim Abholen vom Verlag und den Kundgebenden Vierteljährlich 6.30 RM, monatlich 2.10 RM. Bei den Postämtern Viertelj. 6.75 RM, monatl. 2.25 RM, ohne Postgeb. Einzelne Nummern 20 Pf. — Anzeigengebühr: die dreifache Normalrate 30 Pf. im Voraus. Bei Abnahme von 1000 Zeilen 20 Pf. Anzeigen-Abgabe wird veroren, wenn nicht binnen 2 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin

Nr. 4.

Magdeburg, Dienstag den 6. Januar 1920.

31. Jahrgang.

Prügelknabe Sozialdemokratie.

Die Regierungsgeschäfte werden im Reiche sowohl wie in Preußen durch eine Koalitionsregierung geführt. Keine Partei erhielt bei den Wahlen allein die Mehrheit der Stimmen. Keine Partei hat daher allein die Mehrheit des Volkes hinter sich. Keine Partei kann daher nach unsern demokratischen Grundsätzen allein die Männer für die Regierung aus ihren Reihen stellen. Mindestens zwei Parteien mußten sich zu diesem Zwecke zusammen tun, um sich auf eine Mehrheit des Volkes zu stützen. Je größer diese Mehrheit ist, um so stärker ist die Regierung, um so mehr ist sie in ihrem Bestande gesichert.

Diese Binsenwahrheit führte die drei größten Parteien in Preußen und im Reiche zu gemeinsamer Regierungsarbeit zusammen: die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei und das Zentrum.

Nicht aus Zuneigung und Liebe

wurde dieses Bündnis geschlossen, sondern nur aus dem Zwange der harten Tatsache heraus, daß das deutsche Volk, sollte es aus seiner schweren Not herausgeführt werden, eine Regierung brauche, die so stark wie nur irgend möglich fundiert sein müsse. Es galt, die Möglichkeit von Störungen und Erschütterungen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Den vorübergehenden Austritt der Demokraten aus der Reichsregierung ungeredet hält diese Koalition nunmehr ungefähr 10 Monate an. Wird sie weiter von Dauer sein? Wird sie bis zu den nächsten Wahlen halten? Oder wird sie schon früher, bevor noch die Wahlen vielleicht eine neue Konstellation schaffen, in Trümmern gehen? Diese Fragen werden in politischen Kreisen mehr erörtert, als es aus der Tagespresse hervorgeht. Die Antwort darauf fällt ganz verschiedenartig aus, je nachdem der Urteilende das Interesse der einzelnen Parteien an dem Verbleiben in der Koalition höher oder niedriger einschätzt. Ginge es nach den geheimen Herzenswünschen der drei Regierungsparteien, dann möchte wohl jede von ihnen lieber heute als morgen aus der Koalition austreten, um wieder die

Bewegungsfreiheit zu bekommen,

die ihr durch die Gebundenheit an die gemeinsame Regierungsgewalt genommen ist. Keine der drei Parteien ist, weder im Reiche noch in Preußen, mit den Ergebnissen des gemeinsamen Regierens zufrieden, weil jede immer wieder einen Pflock zurückstecken, immer auf die andere Parteien und ihre Wünsche Rücksicht nehmen muß und ihre eignen Wünsche nie restlos erfüllen kann.

Die führenden Leute in den Parteien haben gemerkt, daß sich diese Empfindungen einstellen würden. Sie sind trotzdem die Koalition eingegangen, weil die Not des Volkes sie dazu zwang. Und sie halten diese Koalition immer noch, weil die Not des Volkes noch nicht beseitigt ist, sondern eher noch steigt. Es scheint aber doch, als ob nicht alle Politiker von der Verantwortlichkeit, die ihnen durch des Volkes Not auferlegt wird, erfüllt seien. Dies Verantwortlichkeitsgefühl erfordert, daß stets die Gründe gemündigt werden, die zu irgendeiner Maßnahme, irgendeinem Beschlusse der Reichsregierung oder der Staatsregierung führten. Die Oppositionsparteien von rechts und von links fragen nach diesen Gründen nicht oder beurteilen sie von vornherein, die Regierungsparteien haben aber die Pflicht, sie zu respektieren. Da muß man es der Sozialdemokratie, ihren führenden Leuten und ihrer Presse rühmend nachsagen, daß sie sich dieser Pflicht stets bewußt gewesen sind und als Regierungspartei Disziplin gewahrt haben — mehr als manchmal ihre Wähler gutgeheißen haben.

Es ist gewiß

nie eine laubbare Aufgabe,

Regierungsmassnahmen zu vertreten, die dem einfachen Bürger unverständlich erscheinen. Aus dem Zwange der Not unserer Zeit heraus hat aber die Regierung manche Massnahmen getroffen, treffen zu müssen, die auf den ersten Blick so aussah, als ob es etwas war, was unmöglich eine Regierung tun könnte, in der auch Demokraten und sogar Sozialdemokraten sitzen. Da es selbstverständlich ist, daß Menschen, die ein Lebensalter hindurch einer Parteienanschauung treu gewesen sind, nicht plötzlich ihre Ueberzeugung wechseln, so bleibt nur die einfache Schlussfolgerung, daß der Zwang der Tatsache so unerbittlich gewesen ist, daß die Regierung nicht anders handeln konnte, als sie han-

delt, daß ihre Mitstähler schweren Herzens Beschlüssen zustimmen mußten, die sie selber lieber nicht gefaßt hätten. Diese Schlussfolgerung wird von dem einfachen Leser oft nicht gezogen, wohl aber von den Partei-Instanzen, den Parteizeichnungen usw., deren Parteigenossen mit in der Regierung sitzen. Es versteht sich natürlich, daß auch einmal Fehler gemacht werden können, aber zumeist handelt es sich um Massnahmen, die jeder andre, an die gleiche Stelle gestellt, ebenfalls antagehen und mitbeschließen hätte. Die Oppositionspresse mißt diese Zwangslage der Regierenden natürlich aus und redet in tönenden Phrasen von Verrat, von Niedertracht, von wer weiß, was sonst noch. Bei dem Leser, der nicht weiter nachdenkt, vermag das begreiflicherweise. Aber in dieser Zeit, die nach immer unter den Wirkungen der Kriegspindeln leidet, vergessen auch aufgeklärte Leute nicht selten, daß der Zwang der Verhältnisse immer und allezeit

wie ein unerbittlicher Senker

hinter den Regierenden steht. Daher ist es begreiflich, daß auch in den Reihen der sozialdemokratischen Wähler hier und da Unmut darüber aufstiege, daß die sozialdemokratische Presse gewisse Massnahmen der Regierung guthieß und verteidigte.

Wir sagten, daß die sozialdemokratische Presse sich stets ihrer Pflicht bewußt gewesen sei, im Interesse des Volksganzen die Massnahmen der Regierung zu bedenken, zu erklären, dem Volke begreiflich zu machen, und daß sie stets in dieser Beziehung Disziplin gewahrt habe. Wie aber steht es hierin mit den bürgerlichen Parteien? Vom Zentrum wollen wir weiter nicht reden, weil es in unserm Bezirk bedeutungslos ist. Es sei nur erwähnt, daß an der Haltung seiner Presse und seiner Parteiführer sehr viel anzusetzen ist. Aber die Demokraten! Ihre Redner und ihre Zeitungen schlagen seit geraumer Zeit Töne an, die dem

Weiterbestande der Koalition

alles andre eher als dienlich sind. In die „Magdeburgische Zeitung“, die in jeder Nummer die Regierung herunterreißt, denken wir hierbei nicht. Das Blatt hat sich längst ganz offiziell von der Demokratischen Partei losgelöst und kann jetzt nur noch als Organ der Reichsleute angesprochen werden. Aber solange sie noch als Parteiblatt der Demokraten galt, hat sie für manche Redner und Mütter der Partei den Ton angegeben.

Man arbeitet dabei stets mit dem demagogischen Trick, daß alle Schuld an allem, was es zu kritisieren gibt, der „sozialdemokratischen“ Regierung in die Schuhe geschoben wird. Jeder weiß natürlich, daß die Regierung nicht sozialdemokratisch ist, daß ihr vielmehr auch Mitglieder anderer Parteien angehören, darunter der selben Partei, zu der sich auch die Ankläger rechnen.

Das ist ein politisches Spiel, dem die Sozialdemokratie auf die Dauer nicht stillschweigend zusehen kann. Mögen die Demokraten Motive für ihr Verhalten haben, welche sie wollen — es werden wohl in der Hauptsache agitatorische Gründe sein —, das aber kann nicht länger geduldet werden, daß sie versuchen, alle Verantwortung allein auf die Sozialdemokraten abzuwälzen. Die Parteien haben gemeinsam die Last der Regierung übernommen. Gemeinsam haben sie auch die Verantwortung zu tragen. Es geht nicht an, daß die eine Partei die Schuld auf die andre abwälzt für unpopuläre, aber aus zwingenden Gründen nicht zu umgehende Massnahmen, an denen sie selbst oder ihre Vertreter mitgewirkt haben. Lassen die Demokraten von diesem unehrlichen Spiel nicht ab, dann muß sich unsere Partei ernstlich die Frage vorlegen, ob es nicht an der Zeit ist,

aus der Koalition auszuschleichen.

In der Preussischen Landesversammlung hat kürzlich ein demokratischer Redner erklärt, seine Partei habe an der Erhaltung der Koalition nicht mehr Interesse als die übrigen Koalitionsparteien auch. Der Satz ist auch für die Sozialdemokratie richtig. Schätzen die bürgerlichen Parteien die Not des Landes so gering ein, daß sie es nicht mehr für erforderlich halten, der zur Beseitigung dieser Not eingesetzten Regierung die Stange zu halten, ihr den Rücken zu stärken, vielmehr alles herunterzureißen und die Sozialdemokratie zum Prügelknaben zu machen, dann müssen auch wir uns wieder unsere Bewegungsfreiheit verschaffen und uns — mit ehrlichen

Mitteln — von einer Verantwortung befreien, die wir nicht tragen können.

Das bedeutet die Zurückziehung der Vertreter unserer Partei aus der Reichsregierung und aus der preussischen Staatsregierung. Die Sozialdemokratie hat sich nach Kräften bemüht, gemeinsam mit den andern Parteien die Not des Volkes zu bannen. Allein war sie dazu nicht stark genug, weil ihr die Mehrheit der Wähler fehlte. Glaubt man ohne uns es besser machen zu können, nun gut, wir wollen niemand im Wege stehen. Die

Rolle des Prügelknaben

aber Lehnen wir ab. Schützer und Wächter der durch die Revolution gewonnenen Freiheiten können wir auch außerhalb der Regierung sein, leichter vielleicht als innerhalb derselben, weil wir dann ledig aller Regierungs Sorgen sind! Auf einem andern Blatte steht freilich die Frage, ob mit einer Sprengung der Koalition dem Allgemeinwohl gedient ist. Es wird schwerlich der Fall sein. Dessen sollten aber die bürgerlichen Parteien mehr als bisher eingedenk sein! —

Eine „moderne“ Eisenbahn-Hauptwerkstätte.

Ein Ingenieur schreibt uns:

Unser deutsches Wirtschaftsleben krankt ganz besonders an der Verkehrsnot. Mit Recht ist diese besonders auf die zu geringe Anzahl der Lokomotiven zurückgeführt worden. Einen Eisenbahnwagen muß man haben; es ist deswegen sehr bequem und einfach, wenn vielfach auch aus politischen Gründen, den Arbeitern der Eisenbahn-Reparaturwerkstätten die Schuld zugeschoben wird. Man behauptet frisch darauflos, ohne über ein flüchtiges technisches Wissen und Können zu verfügen, die Arbeitsunlust der Werkstättenarbeiter sei die Hauptursache, daß so verhältnismäßig wenig reparierte Lokomotiven die Werkstätte verlassen. Mir nicht parteiisch zu erscheinen, gibt man so nebenher zu, auch Material- und Werkzeugmangel spiele eine Rolle dabei. Es muß ehrliebevoll festgestellt werden, und kein vernünftiger Mensch leugnet es ab: Wohl ist die Arbeitsleistung und Schaffensfreudigkeit des einzelnen zurückgegangen, aber nicht etwa als Folge der Revolution, sondern aus andern Gründen, die man an dieser Stelle jedoch nicht aufzuführen braucht. Die Wurzel des Übels liegt in der Hauptsache an der Geheimratspolitik, aber sagen wir besser Bureaufürsorgepolitik, die in den Eisenbahnwerkstätten ganz besonders an der Tagesordnung ist, und an einer mangelhaften Betriebsorganisation, die man mit Recht als das Gegenteil von „modern“ bezeichnen muß. Jeder, auch der kleinste Betrieb, der wirtschaftlich und rational arbeiten muß, ist bemüht, sich die neuen Arbeits- und Organisationsmethoden zu eigen zu machen.

Anderer die Eisenbahn-Reparaturwerkstätten.

Von einem neuzustellenden Geist, hier nur in technischer Beziehung gemeint, keine Spur. Nachfolgend seien nur einige wenige Beispiele angeführt. Wenn sie auch nur mit der Betriebsorganisation zusammenhängen, dürften sie aber doch die Leser dieses Blattes schon aus steuertechischen Gründen interessieren.

Den Kopf der Verwaltung der Hauptwerkstätte in Magdeburg bilden zwei Regierungsbaumeister, deren Hauptaufgabe allerdings nicht in der Oberleitung des Betriebs, sondern in den Dienstreisen zu bestehen scheint. Ueber das Kapitel Dienstreisen ließen sich übrigens lange Artikel schreiben. Die leitenden Beamten sind stets bestrebt, möglichst viel zu reisen; alles drängt sich danach. Ganz besonders beliebt sind die Dienstreisen, die sich in einigen Stunden erledigen lassen, jedoch noch über die 200-Kilometer-Grenze hinausgehen. Bei umständlicheren und längeren Reisen darf sich ein Werkmeister das Geld verdienen. Das Drängen nach Dienstreisen macht sich ganz besonders gegen Ende des Monats bemerkbar, weil eine bestimmte Gesamtsumme im Monat nicht überschritten werden darf und jedermann bestrebt ist, dieser Höchstgrenze möglichst nahe zu kommen.

Die beiden Betriebsingenieure sind nicht, wie man dem Namen nach vermuten müßte, für die Leitung des Betriebs da. In der Werkstatt sieht man sie sehr selten, es sei denn, daß ein Kran oder dergleichen von ihnen abgenommen werden muß. Vor lauter Verwaltungsbureaufürsorge bleibt den dafür bestimmten Beamten keine Zeit übrig, nach Kräften an der dringend notwendigen Umgestaltung des Betriebs nach technischen und kaufmännischen Gesichtspunkten mitzuwirken. Auch ein sogenanntes technisches Bureau ist vorhanden, ein Raum von etwa 4 x 6 Meter, indem zurzeit vier Herren beschäftigt sind. Die Haupttätigkeit besteht im Einholen

von Preisen für Werkzeuge und Geräte, die vielfach von niemand gebraucht werden. Mitunter wird, man staune, sogar ohne Zeichnung angefertigt. Jedem Techniker und gelehrten Arbeiter fällt überhaupt das Neben jeftlicher Zeichnung in diesem Betrieb auf im Gegensatz zu jedem Privatbetrieb, in denen alle auch die kleinsten und unscheinbarsten Arbeitsstücke nur nach Zeichnungen angefertigt werden. Fragt man sich nun: Wonach wird denn in der Eisenbahnwerkstätte gearbeitet? so ergibt sich die Tatsache, daß in der Regel neue Sachen nach vorhandenem Muster, also nach dem alten unbrauchbaren Bild,

gearbeitet werden. Dieses Muster begleitet das neu anzufertigende Arbeitsstück fast bis zum Grabe. Denn es ist keine Seltenheit, daß das neue Arbeitsstück und das Muster zusammen auf dem Schrotthaufen enden.

Modelle für Geschirrarbeiten werden meistens nicht nach Zeichnung angefertigt oder geändert, sondern fast stets wird „nach Angabe“ gearbeitet. Aus dem zurzeit im Gebrauch befindlichen Modellagerbuch ist nie bestimmt zu ersehen, wo sich ein gewünschtes Modell befindet. Sämtlich treiben sich diese Jahr und Tag in irgendeiner Gasse herum. Da, wie schon gesagt, Zeichnungen meistens nicht vorhanden sind, werden die Modelle „gekauft“, d. h. der Modellverwalter und der betreffende Kolonnenführer suchen im Lager so lange, bis sie etwas Ähnliches finden, was natürlich oft Stundenlang dauert. Ist trotz vielen Suchens ein passendes Modell nicht gefunden, wird ein neues angefertigt. Findet sich nun gelegentlich das alte wieder, hat man vom gleichen Arbeitsstück zwei Modelle, die aber unter sich oft verschieden sind, weil „nach Angabe“ gearbeitet wurde. Manches Gussstück mußte schon nach Fertigstellung aus diesem Grund als unbrauchbar weggeworfen werden.

Zur gesunden Grundlage eines Privatbetriebs gehört die Preisfestsetzung, also die Vor- und Nachkalkulation. Anders bei der Eisenbahn. Eine regelrechte Kalkulation ist nicht bekannt. Die Preise für auszuführende Arbeiten werden mit so großer Sachkenntnis vorher festgesetzt, daß mitunter der vier- bis fünffache Betrag der aufgewendeten, in den meisten Fällen jedoch nur ein Bruchteil der wirklich notwendigen Lohnkosten zur Verfügung steht. Die Berechnung erfolgt nicht etwa nach den Materialpreisen und Löhnen, sondern nach den vorher

ganz willkürlich festgesetzten Preisen.

Sind diese, was häufig genug der Fall ist, nicht ausreichend, so werden die verschiedenen Geldposten hin und her geschoben, mit einem Worte, die eine Dienststelle muß die Kosten für die andere Dienststelle mitbezahlen, denn es heißt überall: „Es kommt ja doch alles aus dem einen großen Topf.“ Ein großer Interesse an der Erzielung niedriger Preise haben zum Beispiel die Bahnmeister, weil sie Sparrämien erhalten. Da nun die Bahnmeister die Preise selbst festsetzen, kann man sich ein ungefähres Bild machen, was hierbei zum Vorschein kommt. In der Regel werden die Löhne nach dem Belieben des Werkführers verhandelt, ein hohes Bild von den wirtlichen Kosten eines Gegenstandes ist also nicht zu erlangen.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollte man alle die Uebelstände in bezug auf falsche und ungeweckmäßige Fabrikationsweise aufzählen. Nur ein kleines Beispiel sei angeführt. Ohne weiteres ist es wohl einsehend, daß in einem hauptsächlich mit Reparaturen beschäftigten Betrieb viele umgeschliffene Schraubenmutter vorhanden sein müssen, in die nach Bedarf passendes Gewinde geschnitten wird. An dem nötigen Vorrat aber mangelt es häufig. Dann wird der dringendste Bedarf in der Schmiebe bestellt, wobei es sich meistens um 150 bis 200 Stück handelt. In der Schmiebe werden diese Muttern nun heißer gemacht, wie in jedem andern Betrieb üblich, aus passendem Sechskantstahl, sondern aus beliebigem Material unter dem Hammer hergestellt! Jeder Fachmann wird über solche „neuezeitliche“ Fabrikationsmethode staunen und kann sich ein Bild davon machen, was die Muttern kosten und wie sauber sie werden.

Wie welcher Eizigkeit gearbeitet wird, möge folgendes Beispiel beweisen: Für den vorhandenen Luftkompressor, der für den Betrieb nicht mehr ausreichend ist und bei dem man im übrigen jeden Tag wegen Altersschwäche die Gefahr einer Betriebsstörung befürchten muß, wurde ein neuer Kompressor gekauft. Es hat Monate gedauert, bis man überhaupt den passenden Platz zur Aufstellung fand; so lange standen die einzelnen Teile der neuen Maschine im Weg umher und wurden bald hierhin, bald dorthin geschoben.

Schon das Gesamtinteresse unseres Volkes erfordert es dringend, daß

ein neuer, moderner Geist

nach in die Staatswerkstätten einzieht, die doch Musterbetriebe sein sollen. Männer der Praxis müssen so schnell wie möglich Wandel schaffen, ausgerüstet mit den weitestgehenden Vollmachten. An vielfeitigem Widerstand gegenüber Neuerungen wird es natürlich nicht fehlen, aber die Zeit der Mühsal muß endlich vorbei sein. Wer nicht umlernen kann oder will, muß von seinem Posten entfernt werden. Die schönsten Titel, ob es sich um Geheimräte oder sonst etwas handelt, befähigen noch nicht zur Leitung eines Betriebs. Öffentlich bietet das kommende Betriebsrätegesetz allen Beteiligten eine Handhabe, gründlich Wandel zu schaffen. Denn nur durch gemeinsame, schnelle und ernste Arbeit der Arbeiter und Beamten ist es möglich, helfend und bessernd zu wirken. Die Hilfe des deutschen Volkes schreie gebieterisch nach Abhilfe. Die Arbeitsfreudigkeit und Schaffenslust kann nur wieder Platz greifen, wenn auch der Arbeiter merkt, es weht ein neuer, moderner Wind in den Eisenbahnwerkstätten. Das Eisenbahnministerium aber muß von den Volksvertretern energisch an seine Pflicht erinnert werden, ehe es zu spät ist.

Die Justizreform.

Das Reichsjustizministerium hat für die Reform des Justizwesens zwei neue Gesetzentwürfe 1. über die Reform der Strafprozedur, 2. über die Schaffung eines Jugendgerichtsgesetzes in Arbeit. Außerdem kommt eine Milderung des Gerichtsverfassungsgesetzes heraus. Die Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozedur liegt bereit dem Reichsrat vor. Das Jugendgerichtsgesetz ist in nächster Zeit der Regierung und darauf sofort dem Reichsrat zu.

In dem Entwurf zur Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes interessiert besonders, daß eine Verminderung der Zahl der Richter angestrebt wird, wodurch man hofft, die Bezüge und die Qualität des Richterpersonals erhöhen zu können. Das Positivelement soll in großem Maße zur Rechtsprechung herangezogen werden. Auch die Frauen und Lehrer sollen beteiligt werden. Außerdem ist geplant, die Justizsekretäre zu höherer Arbeit heranzuziehen und sie u. a. selbständige staatsanwaltliche Vernehmungen ausführen zu lassen. Man hofft, daß der Entwurf noch im Laufe des Januar der Nationalversammlung zugehen kann.

Die Strafkammern werden in der bisherigen Form nicht aufrechterhalten. Auch bei ihnen wird die Form der Schöffengerichte eintreten. In Zukunft werden Strafsachen immer zur Verurteilung zugelassen werden. Als erste Instanz kommen künftig die Schöffengerichte, Schwurgerichte und das Reichsgericht in Frage; die Strafkammern als erste Instanz fallen aus. Die Strafkammern bei den Landgerichten bleiben Berufungsinstanz. Sie werden mit zwei Berufsrichtern und drei Schöffen besetzt werden.

Die Zuständigkeit der Schwurgerichte wird, wie das in Süddeutschland bereits der Fall ist, auf die Preßprozesse ausgedehnt werden. Als Revisionsinstanz sollen künftig die Oberlandesgerichte und das Reichsgericht gelten dergestalt, daß im allgemeinen die Revisionsinstanz die Oberlandesgerichte gehen, und daß von dort aus in grundsätzlichen Fällen und wo die Rechtseinheit gewahrt werden muß, die Revision an das Reichsgericht weitergegeben wird.

Zu Schöffen und Geschwornen werden die Frauen überall zugezogen, wo es sich um die Aburteilung von Frauen handelt. Auch bei den Jugendgerichten werden die Frauen mitwirken. Die Volksschullehrer werden im allgemeinen zum Schöffen- und Geschwornenamt zugelassen. Für die Geschwornenbank werden künftig nur noch zwölf Geschworne ausgestellt werden. Die Ablehnung der Geschwornen darf nur in der Weise erfolgen, nach der sonst die Schöffen wegen Befangenheit abgelehnt werden konnten.

Der neue Reichstag.

Als vor einem Jahre die Wahl zur Nationalversammlung vorgenommen werden sollte, die dringend notwendig war, um Deutschland vor dem Chaos zu retten, ohne die Friedensverhandlungen und Lebensmittellieferungen niemals begonnen hätten, da tobten die Unabhängigen, erst mühten die Grenzen Deutschlands feststehen und die Kriegsgefangenen heimgeführt sein — vorher wäre jede Wahl eine Fälschung des Volkswillens. Hätten wir damals den Unabhängigen gefolgt, wir hätten heute noch keine Nationalversammlung.

Dabei ist es sachlich klar, daß, so notwendig wie die Wahlen im Januar vorigen Jahres waren, so unendlich sie gegenwärtig sind. Der endgültige Reichstag kann offenbar wirklich erst gewählt werden, wenn die Volksabstimmungen vorgenommen sind, wenn die Grenzen feststehen, wenn die Gefangenen wenigstens aus Frankreich wieder daheim sind. (Wann die armen Gefangenen aus Sibirien kommen, läßt sich ja heute leider noch nicht absehen.) Selbst das neue Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten durch das ganze Volk und das neue Reichstagswahlgesetz lassen sich kaum verabschieden, ehe wir nicht wissen, wie groß das künftige Deutschland sein wird. Wie soll man eine Wahlkreiseinteilung gesetzlich festlegen, solange das Schicksal Marienburgs, Allensteins, Hensburgs und Oberschlesiens ungewiß ist?

Trotzdem arbeitet die Regierung mit aller Kraft daran, die notwendigen Geleise so weit vorzubereiten, daß sie sofort beschickt werden können, wenn die notwendigen tatsächlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Die grundsätzlichen Bestimmungen über die künftige Wahl stehen bereits in der Reichsverfassung. Das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht für alle Männer und Frauen und 20 Jahre ist dort bereits vorgeschrieben und ebenso bestimmt der Artikel 22, daß die Verhältnismahl beizubehalten ist. Nur um die Ausgestaltung dieser Verhältnismahl kann es sich in Zukunft handeln. Das bisher geltende Verhältnismahlrecht folgt bekanntlich dem System der gebundenen Listen. Die Stimmen, die eine Partei erhalten hat, werden, ohne Rücksicht darauf, welche Person der einzelne Wähler auszuwählen wollte, für die Liste angerechnet, und auf diese werden die Mandate nach der Reihenfolge verteilt, in der dort die Kandidaten aufgezählt waren. Wer an den ersten Plätzen der Liste stand, konnte sich damit ohne Rücksicht auf seine persönliche Leistung oder Beliebtheit von vornherein als gewählt betrachten. Das mindert natürlich die Qualität der Parlamentarier außerordentlich herab. In dem gleichen Sinne wirkten die sehr großen Wahlbezirke. Kein Kandidat hatte mehr die Möglichkeit, mit einer auch nur einigermaßen großen Zahl seiner Wähler in persönliche Berührung zu treten. In Wahrheit war es nicht mehr der Wähler, der den Abgeordneten auswählte, sondern er konnte sich nur noch zwischen den Parteien als solchen entscheiden, die Bestellung zum Abgeordneten nahm die Partei vor, und in dieser gewann der Vorkandidat der Organisation die eigentlich entscheidende Stellung.

Noch bedenklicher wäre es freilich gewesen, wenn man statt der gebundenen die freien Listen genommen hätte. Hervorragende Menschen haben immer auch eine Anzahl Feinde. Freie Listen führen deshalb dazu, daß meist gerade die hervorragenden Persönlichkeiten ein paar Stimmen weniger bekommen als die minderbekanntesten Kandidaten der gleichen Liste. Dieses „Köpfchen“ der Listen, welches die Entscheidung von wenigen Quertreibern abhängig macht, hat sich in der Praxis als ein noch viel größerer Uebelstand erwiesen als die Einschränkung der Freiheit des Wählers durch die gebundene Liste.

Zwischen diesen Gefahren suchte das neue Reichsgesetz einen Ausweg. Es schaffte kleinere Wahlkreise — Umfang und Abgrenzung sind noch offen gelassen — und läßt jeden Kandidaten ohne weiteres als gewählt gelten, der 60 000 Stimmen erhalten hat. Die übrigen Stimmen, sowohl die überstehenden als auch

die auf nichtgewählte Kandidaten entfallenen gehen aber nicht etwa verloren, sondern werden über das ganze Reich hin über doch für große Teile des Reiches zusammengerechnet und gleichmäßig auf die Parteien verteilt. So hat jede Partei die Möglichkeit, eine oder mehrere Zentralisten aufzustellen, auf der die Kandidaten am sichern Platze stehen, welche die Partei unbedingt in das Parlament entsandt zu sehen wünscht. Auf der andern Seite hat auch der einzelne Wahlbezirk und der einzelne Kandidat in diesem verkleinerten Wahlbezirk die Möglichkeit, eine persönliche Auswahl zu treffen und sich persönlich auszuzeichnen.

Eine Rede Erzbergers.

In einer großen Zentrumsversammlung zu Stuttgart hat der Reichsfinanzminister Erzberger in längerer Rede über die gegenwärtige politische Lage gesprochen und dabei bedeutungsvolle Mitteilungen gemacht. Der erste Teil seiner Rede war der Geschichtsfälschungen der Rechtsparteien gewidmet. Unter anderm teilte er dabei mit, daß Hindenburg selbst gewesen sei, der ihm feinerzeit bei den Waffenstillstandsverhandlungen ein Telegramm geschickt habe, wonach er den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen solle, auch wenn seine Mitteilungen zu erzielen seien. In der weiteren Auseinandersetzung mit der Rechten erklärte er, daß die Regierung die revolutionären Versuche von links niedergeschlagen habe, sollte es notwendig werden, so würde sie auch eine Gegenrevolution von rechts mit aller Gewalt niedermägen. Auf finanziellem Gebiet kündigte er zwei neue Steuerentwürfe an, eine Vermögenszuwachs- und eine Körperschaftsteuer an, und machte nähere Angaben über die in Vorbereitung begriffene große Beamtenbesoldungsreform. Die Wahlen für den neuen Reichstag würden baldmöglichst ausgeschrieben werden.

Das Körperschaftsteuergesetz soll alle diejenigen Träger oder Bezüher von Einkommen erfassen, die nicht der Einkommensteuer für die natürlichen Personen unterliegen. In dieser Steuer soll auch eine Abgabe auf die „rote Hand“ enthalten sein. Der Steuerfuß soll 10 Prozent betragen und steigt bei Erwerbsgesellschaften auf 20 bzw. 30 Prozent des Einkommens. Das neue Ergänzungsteuergesetz soll den Vermögenszuwachs besteuern, indem es die sich neu bildenden Vermögen erfasst. Die Sätze auf den Vermögenszuwachs sind „relativ niedrig gehalten“ und endigen mit 10 Prozent.

Die Besoldungsreform ist wie folgt gedacht: Das Grundgehalt soll den Beamten rechtzeitig die Errichtung eines eigenen Hauses sowie die Eheabschließung ermöglichen, und Ortszulagen sollen für die örtlichen Verschiedenheiten den notwendigen Ausgleich bieten. Durch Rinderzulagen soll dem Anwachsen der Familienlasten Rechnung getragen werden. Es wird auch eine Vereinfachung in der Zahl der Beamtenklassen eintreten.

Schieberrmoral und Sittenwidrigkeit.

Im Laufe des Krieges gehörte es zu den Alltäglichkeiten, daß Leute in öffentlichen Vertrauensstellungen ihre daraus sich ergebenden Beziehungen anzunutzen, um Herreslieferungen gegen Provision zu vermitteln. Sie sahen dieses Verfahren auf Grund der Schiebermoral, die sich mit der Zeit herausgebildet hat, nicht nur als ihr gutes Recht, sondern sogar als derart einwandfrei an, daß sie bei Nichtzahlung gerichtliche Klage anstrebten.

Diesen Herren hat jetzt das Landgericht Berlin 2 in einer bemerkenswerten Entscheidung trefflich die Wahrheit gesagt, indem es ihr Verhalten als sittenwidrig und die Klage gemeinheitlich schädigend kennzeichnete und demgemäß die Klage abwies, wie es von Rechtsanwalt Lahn beantragt war. In der Begründung heißt es u. a.:

Der Kläger war von einer öffentlichen Behörde mit der Verwaltung einer öffentlichen, dem Gesamtwohl dienenden Institution betraut worden. Er war deshalb gerade in besonderer Weise dazu berufen, bei Vergabung von Aufträgen für Herreslieferungen im Interesse der Allgemeinheit mitzuwirken. Wenn nun eine solche Vertrauensperson ihre Beziehungen benutzte, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern, so liegt darin an sich schon ein sittenwidriges Tun. Dies ist um so mehr der Fall, wenn es in einem Kriege geschieht, in dem ein Volk um seine Existenz ringt und Sparsamkeit in den Herresbetrieben das Gebot der Stunde sein muß. Diese Sparsamkeit wird naturgemäß durch Provisionen beeinträchtigt und somit liegt eine erhebliche Schädigung der Allgemeinheit vor, die der Kläger durch Mißbrauch seiner Vertrauensstellung herbeigeführt hat. Daß im Laufe des Krieges beträchtliche Rechtsgeschäfte an der Tagesordnung waren, kann dem Kläger nicht entfallen, denn das allgemeine anerkannte Sittengesetz, nicht die „Schieberrmoral“, entscheidet über den Begriff der Sittenwidrigkeit. Demzufolge ist die Klage als wider die guten Sitten verstoßend abzuweisen.

Das ist einmal ein Urteil, das überall — mit Ausnahme der Schieberkreise — Billigung finden dürfte.

Französische Parteifortschritte.

In der „Humanité“ veröffentlicht Genosse Frostard, der Sekretär der sozialistischen Partei Frankreichs, einige instruktive Zahlen über die Fortschritte der Parteiorganisation im Jahre 1919. Während die Mitgliederzahl der französischen Partei Ende 1918 nur 35 793 betrug, war sie Ende 1919 auf 133 327 gestiegen. Damit hat sie ihren Höchststand vor dem Kriege, der etwas über 90 000 betrug, weit überschritten. Während des Krieges war die Mitgliederzahl bis auf 24 638 — Ende 1915 — gesunken.

An erster Stelle steht unter den Kreisorganisationen, die sich über einen Regierungsbezirk (Departement) erstrecken, die des Seine-Departements mit 18 050 Mitgliedern. An zweiter Stelle steht das halberstörche Nord-Departement, das seinen Friedensstand bereits überholt hat und 14 705 Mitglieder aufweist. Nach ihm kommt das Departement Pas-de-Calais, das ebenso gestiegen ist und trotzdem seine Friedenszahl nahezu beibehalten hat und heute 11 950 Mitglieder zählt. Zu bemerken ist, daß gegenwärtig kein Departement existiert, in dem die Partei nicht festen Fuß gefaßt hätte und daß sie auch in den nordafrikanischen Kolonien bereits ernstliche Organisationen besitzt.

Die wirtschaftliche und politische Krise, die jetzt in Frankreich als Folge des zerstörenden Krieges arbeits, dürfte der Partei neue Rekruten in Massen zuführen.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 4.

Magdeburg, Dienstag den 6. Januar 1920.

31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 5. Januar 1920.

Johann Kräber.

Wieder ist einer von den alten und treuen Kampfkämpfern des Proletariats dahingegangen. Am Sonntag früh ist der Zigarenmacher Johann Kräber im Alter von 79 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Mit ihm verliert die Partei einen Mann, der von Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts an bis zum letzten Atemzug mit fester Blutsitte die Fahne des Sozialismus hochgehalten und verteidigt hat. Die jüngere Generation hat den Mann, der wegen seines hyperlichen Lebens in den letzten Jahren nicht mehr in der Partei tätig sein konnte, nicht gekannt. Den Alten aber, die ihren „Sannes“, wie sie ihn allgemein nannten, wegen seiner vielen vorbildlichen Eigenschaften schätzen und lieben gelernt hatten, überkommt ein wehmütiges Gefühl beim Gedächtnis dieses wirklichen Kämpfers für Wahrheit und Arbeit. Wie oft haben sie ihn bewundert, wenn er in der Zeit des Ausnahmezustandes trotz seines weiten Alters weite Wege machte, um zu irgendeinem anderen Verfallort zu kommen. Wind und Wetter waren für den Unberücksichtigten nie ein Hindernis, wenn es galt, der Sozialdemokratie zu dienen. Wo nur irgend Verzagtheit sich zeigte, hinstellte er sich wie ein emsiges Organon, dessen Ratschläge immer Beachtung fanden. Ungeheuren Mutes ertrug der angehende Arbeiter im Jahre 1887 bei dem großen Geheimbundprozess die 14 Wochen währende Untersuchungshaft und die darauf folgende monatliche Gefängnisstrafe. Kann entlassen, arbeitete er mit verdoppelter Eifer daran, das verhängte Exil eines Jahres zum Ende zu bringen.

Der Zusammenbruch am 9. November war vielleicht der einzige Lichtblick im Leben Kräbers. Arm wie er gelebt, so arm ist er gestorben. Ein „Geschäftssozialist“ war Sannes Kräber nie. Mit der Stellung der Mehrheitssozialisten während des Krieges war er nicht einverstanden. Das war sein gutes Recht. Rücksichtslos war immer, nahm er auch gar keinen Anstand, selbst als Geschäftsmanne jedem seine Meinung ins Gesicht zu sagen. Ein ehrendes Gedächtnis dem alten Kämpfer.

Die Parteifunktionäre zur politischen Lage.

Am Sonntag vormittag fand in Friedrichs Feststätten eine gut besuchte Sitzung der Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins statt. Genosse Wittmann gab bekannt, daß voraussichtlich am Sonntag den 25. Januar Genosse Landberg über den Lebensvertrag von Versailles in Magdeburg sprechen wird. Ebenso wird Genosse Roske in nächster Zeit in einer Generalversammlung sprechen.

Genosse Hähnle n. erstattete den Bericht von der Sitzung des Parteiausschusses. Dort berichtete Nels über die schwierige politische Lage und über die durch den Leipziger Parteitag der Unabhängigen ermöglicht gewordenen Einigungsbestrebungen. Beim kommenden Wahlkampf müssen wir unser Programm nach rechts und links mit der gleichen Schärfe vertreten. Der Parteivorstand steht auf dem Standpunkt, daß es notwendig sei, daß die Parteigenossen der Reichswehr und den Einwohnerwehren geschlossen beitreten, um die monarchistischen Bestrebungen zu unterbinden und die Arbeiterkraft die Macht zu erhalten. Ebenso sei es notwendig, die Technische Nothilfe zu unterstützen, um auch hier einen Mißbrauch zu vermeiden. Die Abfindung der Arbeiter müsse durch Reichsgericht geregelt werden. Bei dem Bericht über die außenpolitische Lage zeigte es sich, daß der Parteivorstand für die Unterzeichnung der Entente über die Auslieferung der Räter und Döds eingetreten sei, um eine Befreiung des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes zu verhindern. Das wäre das größere Unglück gewesen, wenn das jetzt langsam gesundende Wirtschaftslieben wieder zugrunde gegangen wäre. Am 13. November 1919 war die Zahl der Arbeitslosen niedriger als am 13. November 1918. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Genossen nicht aus der Regierung austreten dürfen, da dann der Bürgerkrieg die unvermeidliche Folge sei. Unter anderem sprach in der Parteiausschuss-Sitzung auch Genosse Bauer. Er führte aus, daß die Regierung die Finanzwirtschaft nicht aufheben könne, da sonst die Weltmarktpreise im Kampf treten würden, die bedeutend höher sind, als die augenblicklichen Preise bei uns. Den Landwirten müßten ebenfalls höhere Preise gezahlt werden, da ihre Unkosten gewaltig gestiegen sind. Würde die Zwangswirtschaft aufgehoben, so würde der Brotpreis auf 8 Mark steigen. Die Eisenbahnverwaltung tut alles, um das Verkehrsleben zu heben. Zum Austritt aus der Regierung liege keine Voraussetzung vor. Beim Verkehrsstrategie haben die Demokraten und Zentralisten große Konzessionen machen müssen. Scheidemann führte aus, daß die Reichswehr so ausgestaltet werden müsse, daß sie auch gegen rechts verwendet werden könnte. Im allgemeinen sei die Politik in der Regierung die richtige. Genosse Wittmann konstatierte eine Verbesserung der internationalen Lage. Zum internationalen Kongress in Genf wird der Parteivorstand zehn Delegierte entsenden. Außerdem ist ein Zentralausschuß der sozialdemokratischen Beamten gebildet worden. Vor den Wahlen soll ein sozialistischer Beamtenskongress stattfinden. Im Falle Sturz stellte sich der Parteiausschuß auf den Standpunkt, daß der einseitige Untersuchungsanspruch Klarheit schaffen müsse, um die bürgerlichen und unabhängigen Verbindungen an den Pranger zu stellen. Die Staatsanwaltschaft hat bis zum 13. Dezember aus dem vorliegenden Material nichts entnehmen können, was ein Vorgehen gegen Sturz ermöglicht hätte. Medner führt im Anschluß an seinen Bericht aus, daß bei den kommenden Wahlen ein Verlust eintreten werde, wenn wir uns mit den Unabhängigen verbünden würden. Wir haben keinen Grund zum Verzagen. Der Bezirksverband Magdeburg-Anhalt hat die Zahl seiner Ortsvereine im letzten Quartal von 353 auf 368 vermehrt. Außerdem sind 4700 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Genosse Wittmann ging noch auf einige lokale Vorkommnisse ein. Er besprach zunächst die Festlegung des neuen Oberbürgermeisterwahlkreises. Die jetzigen Gehalte der Magistratsmitglieder sind noch bedeutend niedriger als in anderen Städten. In Gießen erhält der Oberbürgermeister ein Gehalt von 60 000 Mark. Für einen bürgerlichen Oberbürgermeister, dann hätten die bürgerlichen Fraktionen bedeutend höhere Forderungen gestellt und niemand hätte dagegen gesprochen. Medner behandelt dann die Wahlen zum Provinzialparlament und die Wahl der unbesetzten Stadträte im September. Der demagogische Agitation der Unabhängigen gegenüber dürfen wir niemals vergessen, mit welcher Schwierigkeiten unsere Partei zu kämpfen hat.

In der Diskussion sprachen eine große Anzahl Parteigenossen. Durch alle Ausführungen kam das Verständnis für die schwierige Arbeit unserer Genossen in der Regierung zustande und der ernste Wille, trotz aller Angriffe von rechts und links die sozialdemokratische Politik mit aller Macht zu verteidigen. Von einigen Mednern wird die Technische Nothilfe in die Debatte gezogen. Die Medner stellen sich auf den Standpunkt, daß es nach dem Beschluß der Parteidelegierten Pflicht der organisierten Arbeiterschaft sei, diese Einrichtung dadurch überflüssig zu machen, daß die Arbeiterkraft bei ihren wirtschaftlichen

Kämpfen für die Ausführung der Notstandsarbeiten selbst Sorge trägt. Genossenschaft wird weiter ein regeres Vorgehen, das allen Genossen und Genossinnen dieser Gelegenheit gibt, sich für alle Fragen auszusprechen. Die Weigerung der Posten des Magistrats- und Oberbürgermeisters wird weiterhin behandelt. Genosse Witzsch kritisiert scharf die Zustände auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. Demgegenüber führt Genosse Weim aus, daß die Zubereitung alles nur um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu ermöglichen. Die Landpreise haben ihre Maximalhöhe erreicht und die Stadt eingestrichelt. Die Stadt hat jetzt sämtliche Waren auf den Markt gebracht. Die Stadt hat die Nahrungsmittel der Posten des Ober- und Regierungspräsidenten hat die Stadt Magdeburg große Auffälle in der Lebensmittelversorgung erlebt. Genosse Hähnle schlägt eine Verbrauchsbeschränkung vor, um für den kommenden Wahlkampf gerüstet zu sein. Genosse Wittmann teilt dazu mit, daß der Vorstand in seiner nächsten Sitzung dazu Stellung nehmen wird. In seinem Schlusswort geht Genosse Hähnle auf die wichtigsten Punkte der Debatte ein.

Mit der Auforderung, weiterhin treu und geschlossen zur Partei zu stehen und überall für sie zu wirken, schließt Genosse Wittmann um 1/2 Uhr die Sitzung.

Das schlechte Brennen des Gases, das in den letzten Tagen in verdrängender Weise sichtbar wurde, ist nach den Mitteilungen der Gas- und Wasserwerke zurückzuführen auf die unzureichende Verbrennung von Gasgasen aus Holz- und Braunkohle sowie von Koksprodukten, die mit nur einem halben Luftbedarf brennen wie Steinkohlengas. Auf leichteres aber sind alle Brenner an Lampen, Kochherden, Platten u. dergl. einzuwirken und man muß daher, um das Gasgas selbst im Gemisch mit Steinkohlengas, brennen zu können und das Rauchgas von der Flamme zu trennen, die Luftzufuhr am Brenner sorgfältig schliessen, bis die Flamme ruhig brennt. Wo das nicht bereits vorhanden ist, sind die Brenner durch Gasgeschloßer leicht abstellen; auch ist bei einigem Gasgas durch Ueberbinden der Luftzufuhr mit einem Kartenblatt zu helfen.

Als das sterbende Wien hat sich auch in unserer Stadt ein Hilfsausschuß gebildet, dem unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Weim Männer und Frauen aller Gesellschaftsklassen angehören und der keine Hilfslosigkeit in doppelter Hinsicht auszuweisen gedenkt. Einmal gilt es eine größere Anzahl der darbenenden Wiener Kinder durch Vermittlung des städtischen Wohlfahrtsamtes aufzunehmen und in heiligen Familien unterzubringen. Sodann muß es gelingen, einen möglichst namhaften Vorvertrag zu schließen; vielleicht kommen später auch Spenden aus Nahrungsmitteln und anderem Lebensbedarf zu Unterstützungsmitteln für das notleidende Wien in Frage. Trotz einer Verdrängung ist man in Deutschland allenthalben besorgt, die Not Österreichs zu mildern. In allen größeren Städten ist man bereits am Werke. Auch unsere Expedition ist zur Entgegennahme von Spenden geneigt.

Die leitenden Angestellten und die Tarifverhandlungen. Vom Schlichtungsausschuß wird uns mitgeteilt, daß in dem Bericht über die Sitzung vom 20. Dezember Teile des Spruches bezüglich der Zulassung der Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie zu den Tarifverhandlungen unklar wiedergegeben seien. Die entscheidenden Säue des Schlichtungsausschusses seien hier im Wortlaut angeführt: „Die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie wird zu den Tarifverhandlungen nicht zugelassen, da sie noch nicht Mitglied der Reichsarbeitsgemeinschaft ist. Demzufolge sind die Verhandlungen betreffs Abschluß eines Tarifvertrages vorzeitig zu führen, daß die Mitglieder der Vereinigung der leitenden Angestellten durch den neu zu schaffenden Tarifvertrag nicht erfasst werden.“

Die Erhöhung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten. Lehrer, Angestellte, Hilfsbeamten, Ruhegehaltsbesitzer und Hinterbliebenen soll mit Wirkung vom 1. Januar an entsprechend der angelegten staatlichen Teuerungszulagen erfolgen. Um der herrschenden Notlage sofort entgegenzuwirken, hat der Magistrat beschlossen, die jetzt geltende Teuerungszulage für das letzte Vierteljahr des Rechnungsjahres 1919/20 den Beamten, den städtischen Angestellten, den Lehrern und den aus diesen Kreisen hervorgerufenen Ruhegehaltsbesitzern um 50 Prozent zu erhöhen. Diese Teuerungszulage wird als eine vorläufige betrachtet. Die erforderlichen Mittel von rund 675 000 Mark sollen aus Mitteln der Kammerkassenschatz unter Ueberbreitung des Titels zusammen zur Verfügung gestellt werden. Den männlichen Hilfsangestellten soll für die nächsten 3 Monate des Haushaltsjahres eine monatliche Teuerungszulage von 50 Mark für Verheiratete und von 25 Mark für Ledige, den weiblichen Hilfsangestellten von 40 Mark für Verheiratete und von 20 Mark für Unverheiratete gewährt werden. Diese Teuerungszulagen gelten als außerordentlich und sind dem Tarifvertrag zugebilligt. Erforderlich sind dazu 125 000 Mark, die wie der erlangte Betrag zu verrechnen sein werden. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich mit einer in diesem Rahmen gehaltenen Vorlage zu beschäftigen haben.

Unberechtigte Brotverteilung. Uns wird mitgeteilt, daß in der Neustadt einige Wäckermeister Brot auf Dezember-Marken zu dem neuen, erhöhten Preise abgegeben haben, mit dem Hinweis, daß sie den Zuschlag wieder zurückzahlen, wenn sich ihre Verpflichtung herausstellt. Hierzu sei bemerkt, daß es nach den Bekanntmachungen des Magistrats außer allem Zweifel steht, daß in solchen Fällen der Zuschlag zurückgezahlt werden muß. Die Käufer sollen darauf dringen, daß sie ihr Geld wieder bekommen.

Die Mutter als Mörderin des eigenen Kindes. Am Montag begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hoffmann an dem Landgericht Magdeburg eine außerordentliche Schwurgerichtsperiode. Das Gericht verhandelte am ersten Tage gegen die 20jährige polnische Arbeiterin Franziska Turzka, die des Kindes Mordes beschuldigt wird. Die Angeklagte war zuletzt auf dem Gute Mendorf beschuldigt. In der Nacht zum 30. August gebar sie ein Kind, das sie im Handtuch wickelte, indem sie das Kind mit dem Kopf auf den Steinboden legte. Die Leiche hat sie dann in eine Kiste gelegt und diese neben ihr Bett gestellt. Dort wurde die Leiche dann durch ein Mädchen von den Kolleginnen gefunden. Die Angeklagte ist in der Hauptphase geständig. Sie gibt an, nicht bemerkt zu haben, daß das Kind tatsächlich lebte und die Tat begangen zu haben, aus Furcht vor den Eltern, zu denen sie im Herbst zurückkehren wollte. Der Vater des Kindes, ein polnischer Arbeiter, sei verstorben. Die Zeugen bestätigen im allgemeinen diesen Sachverhalt. Eine polnische Arbeiterin sagt aus, daß sie die Leiche mit einer Schürve von den Hals gefunden habe. Nach dem Urteil des Sachverständigen hat das Kind geklebt. Der Tod ist eingetreten durch das Aufschlagen des Kopfes auf den Steinboden. Erwägungsmomente wies die Leiche nicht auf. Der Staatsanwalt beantragt, die Angeklagte des vorläufigen Kindesmordes für schuldig zu erklären, ihr jedoch infolge der Umstände zuzubilligen. Auch der Verteidiger erachtet die Geschworenen um Zuzubilligung mildernder Umstände, da die Angeklagte geständig sei und außerdem das Alter und die bisherige Führung der Angeklagten sowie die Not, in der die Tat begangen wurde, die Tat in einem milderen Lichte erscheinen lasse. Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage und Zuzubilligung mildernder Umstände. Das Urteil lautet auf 2 Jahre 3 Monate Gefängnis von denen 3 Monate durch die Untersuchungshaft als verübt angesehen werden.

Hochwasser. Nach Mitteilung der Elbstromverwaltung wird das Hochwasser in Magdeburg am 7. Januar, 7 Uhr morgens, 3,35 Meter Pegelstand erreichen.

Unfallverbrecher. Wegen Verbrechens gegen § 176 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs wurden ein Hilfsknecht und ein Handlungsgeld in Haft genommen.

Verbrechen wider das Leben. Eine Frau von hier hat sich in mehreren Fällen des Verbrechens gegen § 219 des Strafgesetzbuchs schuldig gemacht und war deshalb festgenommen. Sie hat sich aber im Polizeigefängnis der Strafe des tödlichen Richters durch Selbstmord entzogen.

Zwei Pferde und ein Wagen gestohlen. In der Nacht zum 3. d. M. wurden aus einem Stall in der alten Trainierstraße zwei Pferde, und zwar eine helle Fuchshute, 8 Jahre alt, mit langem schwarzen Schweif, doppelter Kränze, sowie zwei Aufschlagschirren und vom Hof ein gelber Jagdwagen, in dem die Pferde und an einer Seite der Kutschstühle fehlten, gestohlen. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei.

Gestohlen wurden ferner aus einem verriegelten Stalle in der Großen Diesdorfer Straße sechs Hühner und ein Kanarienvogel; aus einer Kabine in der Bankfurter Straße ein Dreirad (7,8 Meter lang und 8 bis 9 Zentimeter breit); aus einer verriegelten Wohnung in der Großen Diesdorfer Straße ein Herrenpelz aus Sammtell mit schwarzem Tuchbezug und Wärmepelztragen, ein Damenpelz aus Sammtell mit einfarbigem Bezug und Seilragen, ein Brillant und eine Seidenschleife; in einem Straßenbahnwagen während der Fahrt von der Katerstraße bis zum Alten Markt eine Frau eine schwarze Handtasche, in der sich unter anderem eine Geldtasche mit 2200 Mark befand; aus verriegelten Wohnungen in der Bahnhofstraße ein Herrenmantel aus Iberselken mit schwarzem Bezug und sehr breitem Überrock, drei Paar Schnitzschuhe, mehrere neue Trenchcoats, eine grüne wollene Decke und andere mehr; aus einer solchen in der Köpferstraße eine goldene Damenuhr nebst langer goldener Kette, eine silberne Brosche, ein Herren- und ein Damenhemd; in der Elisenstraße eine Weißwasservase, in der sich unter anderem ein Bankbuch über 15000 Mark, 150 Mark bar und ein silbernes Geldbüchlein befanden; in der Köpferstraße ein goldenes Armband und eine goldene Damenuhr mit Kette; in der Weinbergstraße ein Damen-Frühjahrmantel mit großem Kragen von weicher Farbe, zwei schwarze Umhänge, einer mit Spitzenbesatz, drei Kleiderböden — ein gelber, ein schwarzbrauner und ein schwarzer — mehrere feine und wollene Mäntel, wollene Unterwäsche, zwei Paar Verengungssocken, ein Paar Schuhe u. a. m.

Ein Verbrechen-Trio. Die Arbeiter Hugo Richter und Alois Roder sind als die Eindiebstahl ermittelt und festgenommen, die mit dem noch nicht ergriffenen Bruder Ernst des ersten in den Nächten zum 6. November und 9. Dezember v. J. aus einem Keller in der Köpferstraße Fahrräder, Schluße, Federn, Wein, Herrenmäntel, Herrenhüte u. a. m., in der Nacht zum 15. Dezember aus einer Villa in der Mittelstraße Schmuckstücke, Brief- und Handtaschen, Schokolade u. a. m., sowie in der Nacht zum 26. Dezember aus einer Villa auf dem Werder eine Anzahl Altertümer in Gold und Silber gestohlen haben. Der größte Teil der Sachen, die zusammen einen Wert von 4000 Mark haben, ist wieder herbeigeschafft.

Ergriffener Einbrecher und Fahrraddieb. Der Arbeiter Karl Nowak von hier wurde von der Kriminalpolizei als der Dieb ermittelt und festgenommen, der mit dem bereits früher festgenommenen Heizer Wilhelm Jäncke in der Nacht zum 7. Dezember aus zwei Geschäften in der Kurzeisenstraße Lebensmittel u. a. m., in der Nacht zum 10. desselben Monats aus einem Geschäft in der Halberstädter Straße Stoffe und Kleidungsstücke im Werte von etwa 20000 Mark, in der Nacht zum 15. Dezember aus einem verriegelten Lagerraum am Kagenplatz Wein, Spirituosen u. a. m., ferner K allein im April v. J. in Jümelsh (Altmark) eine große Anzahl Speckseiten, Schinken, Würste, Kleidungs- und Wäscheartikel sowie Schmuckstücke und hier mehrere Fahrräder gestohlen hat. Einen großen Teil des Diebstahls hat der wegen dringenden Verdachts der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hehlerei festgenommene Inhaber der Eisbohrzentrale Adolf Kuhn: gekauft bzw. verborgen, auch die Arbeiterin Emilie Rüdiger geb. Wäge von hier hat gestohlene Sachen an sich gebracht und in Aufbewahrung genommen. Auch sie wurde festgenommen.

Festgenommen wurde ferner der Arbeiter Stanislaus Quira, der dringend verdächtig ist, am 22. v. M. von einem untergeschlossenen Boden in der Vorchersstraße zwei Seilegeschirre und aus dem Pferdehals eine Kreuzscheibe gestohlen zu haben.

Feuer im Lebensmittelamt. Am Montag vormittag wurde die Feuerweh nach der Schule Große Schulstraße 1 gerufen. Am Dachstuhl war vermutlich durch fahrlässiges Umgehen mit einem Streichholz der Inhalt eines Chemiefabrikanten in Brand geraten. Da das ganze Dachstuhl fast verqualmt war, konnte nur unter Anwendung einer Baumastle die Schlauchlinie zum Wischen des Feuers vorgenommen werden. Die Gefahr wurde dann schnell beseitigt.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Am Dienstag den 6. Januar, abends 6 Uhr, Fraktionssitzung im Rathaus.

Sozialdemokratischer Verein. Bezirk Sudenburg. Heute Montag abends 7 1/2 Uhr Fraktionssitzung im „Goldenen Löwen“. Größeren dringenden notwendig.

Jugendbund Freiheit.

Allgemeine Veranstaltungen: Am Dienstag abends 7 Uhr im Wartezimmer des Arbeitersekretariats, Große Ringstraße 3, I. Treppe, Hauptverbands- und Bezirksleiterfraktion. — Um 8 Uhr im Jugendheim Handarbeitabend. Handarbeiten mitbringen.

Bezirksveranstaltungen: Bezirksgruppe Sudenburg: Wegen der Gasperre beteiligen sich die Genossinnen und Genossen am Handarbeitabend im Jugendheim.

Bezirksgruppe Alte Neustadt und Neue Neustadt: Die Veranstaltungen beider Bezirke finden der Gasperre wegen am Mittwoch abends 8 Uhr im Jugendheim statt. Vortrag des Genossen Hermann: Unsere Arbeiten.

Theater, Konzerte etc.

Stadttheater. Heute Dienstag „Carmen“, Mittwoch „Die Weber“, Donnerstag (Evelplanänderung) „Der Zigeunerbaron“, Freitag „Der Barbier von Sevilla“, Sonnabend „Robert und Bertram“.

Stadttheater. Spielplan-Änderung. Infolge Erkrankung im Personal muß die für Donnerstag angelegte Aufführung von „Cagliostro“ verschoben werden. Es kommt dafür „Der Zigeunerbaron“ zur Aufführung.

Wilhelm-Theater. Das neueste Benefiz am kommenden Montag ist für den Kapellmeister Albert Wilhelm. Zur Aufführung gelangt „Ein Walzertraum“.

Alfa Kienlen. Die Duse der Kinokunst, die so außerordentlich populär gewordenen Filmschauspielerin Alfa Kienlen, diese Künstlerin, die mit einer kleinen Handbewegung mehr Wirkung erzielen kann, als viele andere erst durch pathetische Gesten, diese auf der Welt bis jetzt noch unibertroffene Filmdiva hat sich nach mehrjährigem Aufenthalt in ihrer dänischen Heimat wieder nach Deutschland begeben, um in einigen ganz großen Filmen die Hauptrolle zu übernehmen. Der erste dieser Filme, dessen Aufnahmen unter der Regie von Ernst Lubitsch, des besten deutschen Filmregisseurs, jetzt beendet worden sind, verpflichtet nach allem, was man davon gehört hat, ein künstlerisch hervorragendes Ereignis auf dem Gebiete der Film-Erfindungen zu werden. 121

Wittelsberg-Bezirksgruppe. Die folgende Besetzung: „Der fliegende Holländer“, Sonnabend, 10. Januar, abends 7 Uhr, Freireisende Gemeinde, Markstraße 1, 6231.

Magdeburger Volkshochschule. Nächste Vorlesungen zu den Beamtensparten von Dr. Engelke Dienstag den 6. Januar, 6 1/2 Uhr, in der Beamtensparten (Heldorfer Garten).

Für die hungernden Kinder in Wien. 1. Auktion. S. S. 10.00, Z. B. 10.00, W. 5.00, Be. 10.00, zusammen Mark 45.00. Weitere Beiträge erbittet Verlag der „Volksstimme“.

Eduard Bernsteins 70. Geburtstag.

Genosse Eduard Bernstein feiert seinen 70. Geburtstag. Er ist am 6. Januar 1850 in Berlin geboren und steht nun fast genau ein halbes Jahrhundert in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Der junge Bauarbeiter war kaum 22 Jahre alt, als er in die Partei trat, die damals wie jetzt gespalten war. Bernstein schloß sich der Eisenacher Richtung an, begann aber alsbald für die Einigung mit den Lassallianern zu wirken, die auch auf dem Götter Kongress 1875 erfolgte. 1878 wurde Bernstein Redakteur des „Sozialdemokraten“, der erst in Zürich, dann in London erschien. In dieser Zeit häufte der junge temperamentvolle Redakteur so viel Sünden gegen den preussischen Staat auf sich, daß er dann selbst nach dem Fall des Sozialistengesetzes 12 Jahre lang nicht nach Deutschland zurückkehren konnte. Er kam erst 1902 zurück, und war dann Reichstagsabgeordneter von 1902 bis 1907 und von 1912 bis 1918, d. h. bis zur Auflösung des letzten kaiserlichen Reichstags, durch die Revolution.

Sein stürmisches Kämpferdasein brachte zwei große Krisen: seinen Abfall von der sogenannten Marx-Orthodoxie im Jahre 1898 und seine vorübergehende Abkehr von der Partei aus Gründen der Kriegspolitik im Jahre 1915.

Im Jahre 1898 trat Bernstein mit Artikeln in der „Neuen Zeit“ hervor, denen er ein Jahr später seine „Voraussetzungen des Sozialismus“ folgen ließ. In diesen Artikeln und in dieser Schrift setzte er auseinander, daß sich die Kapitalanhäufung in wenigen Händen und damit der Reizeprozeß vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht so schnell vollziehe, wie das einige der feurigsten Marx-Apostel annahm. Er warnte vor dem Glauben, daß das Ziel des Sozialismus mit einem Schlage erreicht werden könne, und empfahl den Weg des demokratischen Fortschritts und der sozialen Reform in der Richtung des Sozialismus. Sein damaliges Auftreten erregte sehr großen Widerspruch nicht nur bei denen, gegen die es sich vornehmlich richtete, sondern auch bei zahlreichen andern Parteigenossen, die auch für die Partei den Weg ruhiger Entwicklung für richtig hielten und von stürmischen Kämpfen und theoretischen Streitfragen — damals waren sie noch theoretisch — eine praktische Schädigung der Arbeiterbewegung befürchteten. Wie immer man über die Opportunismus seines damaligen Auftretens auch heute noch denken mag, so bleibt es doch kennzeichnend für den Mann, daß er es für seine Gewissenspflicht hielt, neu gewonnene Erkenntnisse seinen Genossen mitzuteilen.

Aus diesem Grundzug seines Charakters erklärt es sich auch, daß er im Jahre 1915 aus seiner von der Mehrheit abweichenden Stellung in der Frage der Kriegskredite die letzte Konsequenz zog und sich der sogenannten Arbeitsgemeinschaft, später sogar für kurze Zeit den Unabhängigen anschloß.

Bernstein hat seit seiner Rückkehr in die alte Partei mit lebhaftem Eifer für die Wiederbetätigung der freilebenden Gruppen gewirkt. Die Erinnerung an seine Jugendzeit, da er die Eisenacher und Lassallianer einzigen haß, mag dabei mitgewirkt haben. Weiber sind die Unabhängigen zu tief in den Sumpf der Konfusion geraten, als daß eine Einigung gegenwärtig möglich wäre. Aber die Einigung bleibt das Ziel, rasche theoretische Aufklärung das Mittel zum Ziel, und daß Bernstein auch heute noch für sie tätig mit einer Kraft, die viele Jüngere nicht aufbringen, dafür und für alles, was er in seinem Leben rastlos bereit für die sozialistische Bewegung geleistet hat, danken wir ihm heute.

Provinz und Umgegend.

Gegen den Pachtwucher.

Die hohen Preise für Lebensmittel haben zur Folge gehabt, daß bei der Verpachtung von kleinen Acker- und Wiesenparzellen zur gärtnerischen oder landwirtschaftlichen Nutzung die Pachtzinsen in unerhörter Weise gesteigert werden. Zum Schutze der Kleinpächter in der Nähe der Städte, die keine Parzellen zu nutzbarer gärtnerischer Nutzung (Schrebergärten) gepachtet haben, ist bereits durch ein Reichsgesetz Vorkehrung getroffen, daß sie nicht durch die Verpächter bemuchert werden können. Ein weiteres Gesetz zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter und Kleinbauern, die gezwungen sind, Acker- und Wiesenland für ihre

Wirtschaft noch anzupachten, gegen übermäßige Steigerung der Pachtpreise ist bereits in Vorbereitung. Sollte sich das Zustandekommen dieses Gesetzes, das einem dringenden Bedürfnis entspricht, noch zu lange hingziehen, beabsichtigt, wie die „F. B. N.“ erfahren, der Landwirtschaftsminister der Preussischen Landesversammlung den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wonach die §§ 1 bis 71 des Reichsgesetzes (Kleingarten- und Kleinpachtordnung) vom 31. Juli 1910 (Reichsgesetzblatt S. 6371) auch auf Verpachtung von Grundstücken bis zu einem halben Hektar (zwei Morgen) Größe zur landwirtschaftlichen Nutzung Anwendung finden.

Pflege der Kriegergräber.

Unzählige Vater und Söhne, die ihr Leben dem Vaterland opferten, liegen in fremder Erde zum ewigen Schlaf. Ihre Angehörigen sind der Welt preisgegeben, wenn wir uns ihrer nicht annehmen. Hier besend eingezogenen, hat sich ein Bund gebildet, dessen Aufgabe es sein wird, die Pflege der Gräber unserer Gefallenen im In- und Ausland zu übernehmen und später Kleingruppen zum Besuch der Gräber zusammenzustellen. Alle diese Arbeiten werden im Benehmen mit den Staatsstellen und sonstigen großen Verbänden geleistet. Die Gründung einer „Internationalen Vereinigung für Schutz der Kriegergräber“ in der Schweiz ist in die Wege geleitet. Um die Aufgaben des Bundes richtig durchzuführen zu können, sollen in allen Bundesstaaten Ortsgruppen entstehen. In jedem Orte muß eine Ortsgruppe gegründet werden. Frauen und Männer, die bereit sind, die Gründung einer solchen zu übernehmen, werden gebeten, ihre Adresse an den Deutschen Kriegergräber-Schutzbund, München S. 60, zu senden. Vereine und Verbände können geschlossen dem Bunde beitreten. Der Bund ist ein Volksbund im wahren Sinne des Wortes. Er dient keiner Partei oder Konfession.

Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg-Umhalt, Unterbezirk Wanzleben.

Die bereits durch Rundschreiben der einzelnen Ortsgruppen bekanntgegeben

Bezirkskonferenz

findet am Sonntag den 1. Februar, vormittags 10 Uhr, in Wanzleben im Saale des „Kronprinzen“ (Zuh. Fr. Graf), Roßtrapez, statt.

- Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Berichterstaltung. a) Allgemeine Referent: Fr. Klotzsch. b) Organisationsfragen. Referent: H. Herwig. 2. Die bevorstehenden Wahlen. Referent: Gustav Ferk. 3. Mitteilungen. Referent: H. Silberstein. 4. Wahl der Agitationskommission.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, in ihren nächsten Ortsgruppenversammlungen zu dieser Tagesordnung Stellung nehmen zu wollen. Anträge sind bis spätestens 25. Januar bei unserm Sekretariat einzureichen.

Bis zu diesem Tage sind auch die von den einzelnen Ortsgruppen nach § 4 Absatz 2 des Bezirksstatuts zu wählenden Delegierten und deren Stellvertreter anzumelden.

Der Vorstand des Unterbezirks Wanzleben.

N. N.: Jul. Koch.

Dodendorf, 5. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Dienstagabend 8 Uhr findet bei Lichtenberg eine Mitglieder-Versammlung statt, in der die Vorstandswahl vorgenommen werden soll.

Stübbeck, 5. Januar. (Eine Mitlieder-Versammlung) des Sozialdemokratischen Vereins findet am Donnerstag den 8. Januar, abends 8 Uhr, bei Leischer statt.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Altengrabow, 5. Januar. (Große Heeresvorräte verbrannt.) Auf dem früheren Truppenübungsplatz Altengrabow, der jetzt als Durchgangslager für heimkehrende Kriegsgefangene dient, brach ein Brand aus, durch den der Verwaltungskomplex mit bedeutenden Vorräten an wollenen Decken und Wäsche vernichtet wurde. Die Höhe des Schadens wird auf einige hunderttausend Mark geschätzt.

Burg, 5. Januar. (Die sozialdemokratische Stadiverordnetenfraktion) hält Dienstagabend 8 Uhr eine Sitzung im Gewerkschaftshaus ab.

Burg, 5. Januar. (Ungehöriges Verhalten) der Reichswehrsoldaten gab in letzter Zeit wiederholt Anlaß zu Klagen. Die jungen Leute fallen in letzter Zeit so oft aus der Rolle, daß selbst Leute, die sonst immer in letzter Zeit etwas übrig hatten und gern ein Auge zudrücken, wenn die Soldaten irgendeinen Streich verüben, nachgerade die Geduld verlieren. So entstand am Freitag am Eingang der Roland-Lichtspiele eine Schlägerei, weil ein angestruhener Zahnteufel in Zivil verfuhr, ohne Bezahlung in den Zuschauerraum zu gelangen. Natürlich wurde

dem der Zutritt verweigert, worauf er gegen die an der Kasse stehende Dame tätlich wurde. Er wurde darauf vom Besitzer hinausgewiesen. Begleitet von zwei Soldaten in Charge erschien er bald darauf wieder und schlug auf den Besitzer und dessen Sohn ein, erlief Verletzungen und Verwundung der Kleidung. Hinzukommende Soldaten beteiligten sich an der Schlägerei, einen aneinandergeratenden Stuhl als Waffe benutzend. Es entstand ein großer Aufruhr. Dazwischen tretenden Zivilisten gelang es dann, die Kampfparteien zum Ablassen von ihren Epochen zu bewegen. Ferner wurde auf der Straße ein Passant von einem Gelehrten, der scheinbar an Größenwahn leidet, da er sich Leutnant v. Herz nannte, ohne jeden Grund ins Gesicht geschlagen. Auch wir verurteilten diese Heldentaten aufs Schärfste und hoffen, daß auch Burg zu den Städten gehört, die am 1. April des Militärs für immer loswerden. — Verhaftet wurde der Arbeiter Ernst M. wegen Veranlassung bzw. Schlägerei. — Gestohlen wurde dem Parkausseher Härtel ein weißer Hahn. Als Täter wurde der Arbeiter G. ermittelt, und der Hahn, der allerdings schon geschlachtet war, wieder zur Stelle geschafft.

Gommern, 5. Januar. (Ueberfüllung der Strafgefängnisse) in der Großstadt veranlaßt die Justizbehörde die Annahme, daß sich als Frauensträflinge bewußten Strafanstalt in ein Männergefängnis vorzuschleichen. Die Frauen werden schon in Kürze nach Delitzsch transportiert werden.

Jerichow, 5. Januar. (Durch Einbrüche geschädigt) wurden die Schützenstände und die Landesheilanstalt. Neuer wurden aus dem Zaunzettel auf dem Schützenplatz 23 Fenster, dieser 1400 Zigarren und einige Ballen Stoff gestohlen.

Barth, 5. Januar. (Dem Bauhoffmannen) in den Städten wird hier auf eigenartige Weise abgeholfen versucht. Während vor dem Kriege in vielen Bezirken bei Barth und Witten fleißig Steine zum Haus- oder Zofabrikat angefertigt wurden, sind diese Bezirke jetzt fast ganz verkommen, teils stehen nur noch der hohe Schornstein oder andere Reste. Das Holz wandert meist auf dem Wasserweg nach Berlin, Brandenburg oder Pommern, wo es zum Bau von Wohnhäusern, vielfach auch als Brennholz verwendet wird. Des Kohlenmanuels wegen müssen die Bezirke stillgelegt werden und verfallen dem Abbruch.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Althaldensleben, 5. Januar. (Der Felddiebstahl) bei der Leberfabrik Albrecht fand vor der Staatsanwaltschaft des Magdeburger Landgerichts keine Sühne. Ende September stahl der Arbeiter Willi M. einen Hahn zusammen mit dem bis jetzt unauflösbaren Arbeiter Paul H. von der Welle von 30000 Mark. Der Handelsmann Heinrich Wöllmer leistete Geldbürgschaft. Der Steinbauer Christian H. von der Welle erhielt 6 Monate, Christian H. von der Welle 1 Monat Gefängnis, unter Ausschließung der Unterhüftungsstrafe.

Wahlwinkel, 5. Januar. (Der Sozialdemokratische Verein) hielt am 2. Januar im Wäpelschen Lokal seine Monatsversammlung ab, die der Vorsitzende, Genosse W. W. leitete. Ein Bericht des Kreisvertreter über die letzte Kreisversammlung und über die in Magdeburg abgehaltene Gemeindevorstanderversammlung wurde entgegengenommen. Ueber die Bildung einer Einwohnerwehr wurde gesprochen, die im Juli vorigen Jahres schon geschaffen war, aber nicht in Tätigkeit treten konnte, da keine Gewehr zur Verfügung standen. Vom Genossen Unger wurde bekanntgegeben, daß dieser Mangel jetzt beseitigt werden kann. Genossen, die bisher der Sache noch fern standen, werden sich zum Eintritt. In nächster Zeit wird eine Versammlung einberufen werden, um die Gründung zu besprechen. Der Gemeindevorstand Genosse W. in W. gab dann Bericht über die Mitgliederbewegung und über die letzte Gemeindevorstanderversammlung. Es entspann sich noch eine rege Aussprache über die Schul- und Lehrerfrage. 109 Mitglieder gehören in unserer Gemeinde der Partei an.

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Kalle.

Barth, 5. Januar. (Eine Diebstahlhand) hat wieder eine Gastrolle gegeben. Sie führte Kupferdiebstahl aus, indem sie von eben erst geleerten Leuchtern den Draht entwendete. Auch in beschuldene Gehäfte und Häuser wurde einzudringen versucht.

Groß-Salze, 5. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Mittwoch den 7. Januar, abends 8 Uhr, findet in „Stadt Hamburg“ eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht als Hauptpunkt die Vereinigung der Ortsgruppen Schönebeck, Groß-Salze, Frohe und Kalleleben. Genosse Fritz Buch wird das Referat halten. Diese Angelegenheit hat schon viel Staub in der Einwohnerwelt aufgewirbelt. Besonders bürgerliche Kreise haben schon viel unnützes Zeug darüber geschrieben. Der Referent wird Aufklärung geben, welche Vorteile die Einwohner sämtlicher Ortsteile haben, wenn eine Vereinigung erzielt wird. — Einwohnerwehr. Auch in unserem Orte hat sich eine Einwohnerwehr gebildet. Der Delegiert ist Kreisordnender Genosse Paul Hofmann. Eine Versammlung fand vor kurzer

Grete Fillunger.

Roman von Alfred Volz.

(13. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

„Hoh! stecke den Brief wieder in die Tasche und schaute nachdenklich vor sich hin. Sein Freund hatte ihm aus treuem Herzen geschrieben und verdient eine offene, ehrliche Antwort. Konnte er die geben? Er konnte hundert Gründe anführen, weshalb er Euphant den Rücken kehrte, den trübseligsten mußte er verschweigen. Lügenpielt! In der Heimat tat sich ein neues Leben für ihn auf. Der Grete würde er frei heraus sagen, was ihn in die Krümmen gebracht. Nur so konnte er wieder ihr Vertrauen gewinnen. Wie hatte seine Mutter geschrien? „Wer so viel Menschenliebe in sich trägt wie die Grete, kann etwas verzeihen. Sie wird auch Dir verzeihen!“

Er brach auf und nahm den kürzesten Weg in die Stadt. In den Straßen war es trotz der frühen Morgenstunde schon hellwarm. Er atmete auf, als er in seinen fühligen Arbeitsraum kam.

Während der Frühstückspause begab er sich in das Privatkontor des Prinzipals und bat diesen um seine Entlassung.

„Warum wollen Sie gehen?“ fragte Herr Dittmar mit einem prüfenden Blicke.

Dem Blick ausweichend, wie jemand, der etwas im Hintertürchen hat, erwiderte Euphant:

„Ich hab' Nachrichten bekommen, ich bin nötig zu Haus,“ und lachte hinzu: „Dürft' ich vielleicht morgen schon fahren?“

Der Prinzipal zog die Brauen hoch.

„Verzeihen Sie denn so?“

„Ja.“

„Aber er eifrig weiterpöde, fuhr sie los: „Ist Du an! Gell, 's ist Dir 'viel, mir ordentlich Antwort zu geivve? Mußt' Dir net einbilde, daß 's bittermütig war. O nei! Um so'n Pflautsch macht sich bei Frau, die was auf sich hält, Grammanze. I dank' Gott, wann Du dem Tempel drauß bist. A Mann soll a Mann sein. Was bist' Du? Net Fisch und net Fleisch. I dent als, Dei Gänse baheim glaubt wunder was an Dir zu kriegen. Was kriegt's? A Gogg, a Wetterhahn. Des wollt' i Dir bloß noch sagel!“

Sie drehte sich auf dem Absatz herum und ging.

mer den kunstgewerblichen Geist im Buchbinderhandwerk pflegt, trägt dazu bei, es zu heben. Vergessen Sie das nie, wenn Sie Meister sind!“

Er reichte dem Gesellen zum Abschiede die Hand.

Nachmittags begann Ludwig in seiner Stube zu raden.

Das Ritze flitzte herein und fragte:

„Was machst' denn da?“

„Ich will verreisen, Weißköpfschen,“ antwortete der Gesell.

„Wohin willst' verreisen?“

„Nach Haus.“

„Und wann kommst' wieder?“

„Das kann ich heut noch nicht sagen.“

„Wenn Du net da bist, wer soll mir dann hoggel?“

„Dein Vater, Ritze. Er hat mir geschrieben, er kommt.“

„Und wer soll die Bittschreiben mit mir mache?“

„Deine Mutter.“

„Und wer soll mir Geschichtle verzeähl?“

„Dein Vater.“

„Mei Vater hat mir nie Geschichtle verzeählt. I bitt' Di, bleib da!“

„Ritze, ich muß heim!“

Die Kleine verzog das Mäulchen zum Weinen und lief hinaus.

Gleich darauf erschien Frau Eberle, zitternd vor Zorn.

„Hast' Dei Wajch nachgezählt?“

„Ja.“

„Stimmt's?“

„Ja.“

„Seht' geh's also fort?“

„Ja.“

Indes er eifrig weiterpöde, fuhr sie los:

„Ist Du an! Gell, 's ist Dir 'viel, mir ordentlich Antwort zu geivve? Mußt' Dir net einbilde, daß 's bittermütig war. O nei! Um so'n Pflautsch macht sich bei Frau, die was auf sich hält, Grammanze. I dank' Gott, wann Du dem Tempel drauß bist. A Mann soll a Mann sein. Was bist' Du? Net Fisch und net Fleisch. I dent als, Dei Gänse baheim glaubt wunder was an Dir zu kriegen. Was kriegt's? A Gogg, a Wetterhahn. Des wollt' i Dir bloß noch sagel!“

Sie drehte sich auf dem Absatz herum und ging. Zugleich mit dem Dienemann, der gegen Abend des Gesellen Hoflichkeiten zur Bahn schaffen sollte, trat ein Postbote in die Stube und brachte ein Telegramm. Es lautete: „Vater schwer erkrankt. Komm sofort zurück. Mutter.“ Eine Stunde später lag Ludwig in den Zug, der ihn der Heimat entgegenführte. Obwohl er von Ludwigsburg an mit

nur einem Fahrgast das Coupé teilte und Gelegenheit gehabt hätte, sich auszureden, blieb er in seiner Ede sitzen und schaute bestommen in die Nacht hinaus. Es war sein redlicher Wille, künftig dem Vater gegenüber sich verzeihlich zu zeigen und mancherlei wieder gutzumachen, dessen er sich schuldig fühlte. Die Fremde hatte etwas Nüchternes aus ihm gemacht, darum war nicht zu rütteln, immerhin hatte er in letzter Zeit, wenn ihm die Erinnerung an vergangene Tage Gesellschaft leistete, über vieles anders denken gelernt. Er war sich der Fertigkeit in seinem Handwerk bewußt, brauchte für sein Können freie Bahn, aber er hatte doch auf dem Grunde weiter, den der Vater für ihn gelegt. Warum galt es denn in allem Gewerke? Das Beste zu suchen und nutzbar zu machen. Darin konnten zwei Menschen mit klarem Sinn woh! einmütig sein. Man mochte über die Geschäftszwänge seines Vaters denken wie man wollte, sein Wiederstum und seine Charakterfestigkeit nötigten einem Achtung ab. Der Vater hatte seine Jugend behütet, hatte sich für ihn abgemüht. Er aber als Storchkopf, der nie sein liebes Ich verzog, hatte immer getan, als finge die Welt bei ihm erst an. Mit keinem rechtshaberischen Weien hatte er die Schamspflicht oft benetzt. Um des lieben Friedens willen mußte er sich etwas gefallen lassen. Weiter, hatte er sich vorgenommen zu sprechen, ich weiß, was ich dir schuldig bin. Das Unsäuerige hab ich draußen gelassen. Du hast dein Teil in Ehren geschafft, ich möcht' dir jetzt helfen. Ich mein, wir sollten uns das Leben nicht schwerer, wir sollten's uns leichter und schöner machen! So zu sprechen war sein Vorjab gewesen. Nun hatte ihn die Stobspott überrascht. Der Gedanke ließ ihn nicht los, daß er den Vater nicht mehr am Leben traf. Der Reizegehrte, ein junger Mensch, dessen Jüde das Gepräge eines Südländers trugen, lag auf seiner Bank und schlief.

Es war zum Erschrecken heiß. Ludwig öffnete ein Fenster. Die Nacht sah mit kohlschwarzen Augen herein und wisperte:

„Mir schwanzt nichts Gutes!“

Dem Gesellen war das Herz bedrückt, als ob ein Mühlstein darauf läge.

Als er am andern Morgen die Schwelle des ersten Hauses betrat, kam ihm seine Mutter in Tränen gerührend entgegen. Den Vater hatte in der Werkstatt der Schlag gerührt. Er hatte das Verzugstein verloren und bis jetzt nicht wiedererlangt. Der Arzt hatte so gut wie nichts beordnet. Er meinte, man müsse alles der Natur überlassen.

Ludwig nahm seinen Platz am Bette des Vaters und lauschte auf des raslos Doliegenden Atemzüge, die schwächer immer schwächer wurden. Wie die Nacht über die Straße kam, ging der Buchbinder still heimlich.

(Fortsetzung folgt)

Von der ungarisch-tschechischen Demarkationslinie.

Ein Redakteur der „N. N.“, der in den letzten Tagen Gelegenheit hatte, die Verhältnisse an der ungarisch-tschechischen Demarkationslinie aus Egenem kennenzulernen, gibt hierbon folgende Schilderung:

Nachdem lange Monate hindurch während der Regierung Bela Khusn's sowohl von Seiten der Tschechen als der Ungarn immer wieder Uebergriffen der Demarkationslinie vorkommen waren, die des öfters zu blutigen Kämpfen geführt hatten, hörte man in der letzten Zeit von der ungarisch-tschechischen Front keine Kriegsberichte mehr. Nichtsdestoweniger benehmt die Front weiter, wenigstens auf Seiten der Tschechen. Die Ungarn erleben derzeit eine militärische Revolution unter dem christlichsozialen Feldherrn Horthy, dessen ganze Gewalt sich aber bisher der Bekämpfung der übriggebliebenen roten Terroristen zuwandte, die aus den letzten Schlupfwinkeln, in die sich sich in ihrer Angst zurückgezogen haben, herauskrochen und von einem Weichschaf gestellt werden, der an Schnelligkeit der Vortrittsprechung nichts zu wünschen übrigläßt. Die Tschechen fürchten nun, daß nach der vollständigen Ausrottung der letzten Anhänger Bela Khusn's Ungarn neue Kriegsvorbereitungen und zwar im Kampfe gegen die Tschechoslowakei zu ernten suchen wird. Trotzdem ein solches Unterfangen dem bis an die Zähne gerüsteten tschechischen Staate der reinste Wahnsinn wäre, bereitet man von Prag aus doch alles vor, um gegebenenfalls im Januar sofort neue Jahrgänge einzuziehen zu können. Die Aufträge an die Fabriken, die Munitionslieferanten, sind alle derart beschleunigt worden, daß sie im Januar erfüllt sein werden. Diese kriegerischen Maßnahmen der Militär- und einer kleinen Beamtenbesetzung im tschechischen Widerstand zur allgemeinen Stimmung des tschechischen Volkes, das nach einem Jahre nationalen Taumels an einem wirtschaftlichen Absprung aufzuwachen und zu leben beginnt, daß alle Brennpunkte der Unruhe ihm wirtschaftlich bisher nicht wesentlich zu schaden imstande war. In selbiger Weise lebendig leben einzig und allein die Offiziere, die von der österreichisch-ungarischen Armee übernommen wurden und jetzt noch viel größere Herren im Staate geworden sind, als sie es je waren. Das merkt man in den vielen Lagern, die längs der Demarkationslinie in den Gebieten der Großgrundbesitzer und in einzelnen Kasernen eingerichtet wurden. Der neue Staat hat fast nur mittlere und niedere Offiziere übernommen, die oberste Leitung haben französische Generale. —

Reventlows Judenangst.

Von Bekämpfern des Antisemitismus, die immer wieder herbeigekommen werden, daß es doch ein großes Schwäche- und Armutzeugnis für das deutsche Volk bedeute, wenn die Antisemiten behaupten, 99 Prozent der deutschen Bevölkerung ließen sich von einem Prozent Juden regieren. Gegen dieses Argument zieht Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ zu Felde, und zwar mit dem überraschenden Geständnis: Es ist in der Tat ein Schwächezeugnis, und die Schwäche, welche derart gezeugt wird, ist tatsächlich vorhanden. Es läge zwar sehr nahe, in nationaler Entrüstung die Zumutung abzulehnen, daß ein Prozent Juden im deutschen Volk eine Gefahr für das Deutschland und das Reich bilden könnte, leider sei eine derartige Ablehnung aber wahrheitsgemäß nicht möglich. Es handle sich um eine außerordentlich deutsche Schwäche, die der Schwäche des nationalen Geistes und Charakters bei den Deutschen im allgemeinen entspringt.

Man sieht, daß dieser Allduise, um die antisemitische Theorie aufrechterhalten zu können, dem deutschen Volke Charakter und Nationalgefühl in höchstem Maße absprechen muß. Wenn irgendein sozialistisches Blatt sich einfallen lassen würde, etwas Ähnliches über das deutsche Volk zu schreiben, dann würde die Entrüstung und das Wutgeschrei in der allduise Presse gar kein Ende nehmen. Es ist auch zu beachten, daß die hier von Graf Reventlow entwickelte Theorie der ungemessenen Charakterstärke des deutschen Volkes ganz und gar im Gegensatz steht zu der Haupttheorie der Allduise, wonach das deutsche Volk das von Gott ausgewählte Volk, das „Salz der Erde“ ist. In ihrer innern Politik müssen die Allduise zur Rechtfertigung des Antisemitismus die Deutschen ebenso lächerlich herabsetzen, wie sie sie in der auswärtigen Politik zur Rechtfertigung ihres Imperialismus lächerlich verhinneln haben. —

Das teure Gold.

Es gab einmal eine Zeit, in der 20 Mark eben 20 Mark waren, nicht mehr und nicht weniger, gleichviel, ob die Wertzeichen auf einem goldenen Münzplättchen oder auf einem Reichsbank-Papierchen standen. Das war die Zeit, in der Deutschlands Wirtschaft noch stark und blühend, Deutschlands staatkörper und nationaler Kredit noch unverfehrt waren, in der unsre Wälbte vollständig war. Dann kam der Krieg und in seinem Gefolge das Finanzengeld, die Valutamisere. In Deutschland selbst freilich blieb — theoretisch und gesetzlich — alles in der Geldfrage beim alten, bis in die allerjüngste Zeit hinein. Es war als unzulässiger Agiohandel bei schwerer Strafe verboten, für 20 Mark Gold mehr als eben 20 Mark in Papier zu fordern oder zu bezahlen.

Die Folge dieser Vorschrift war, daß kein Mensch mehr Gold in den Verkehr gab, daß wir die reine Geldwirtschaft bekamen. Die, welche nicht den Aufrufen zur Goldsammlung in der Reichsbank gefolgt waren, versteckten ihr Gold. Aber der dringliche industrielle wie gewerbliche Goldbedarf mußte doch zu seinem Golde zu kommen. Es entwickelte sich hier schnell das Scheiberwesen, ein ebenso heimlicher wie schwinngahfter Goldhandel, der tiefenweise bezahlte, eben die Preise, die dem deutschen Valutadisagio der Papiermark und dem Weltmarktsgoldpreis einigermassen entsprachen. Daraus folgten unerträgliche Zustände, die Verordnungen über die Parität der Wertzeichen sanken zu Scheingesehen herab, die nur noch die Ehrlichen und Gesehestreuen hinderten und benachteiligten.

Dazu kam, daß das Reich selbst ohne eigenen Vorkursen zu durchbrechen genötigt war. Der Schatz unserer Interessen forderte die Anpassung der Zollvorschriften beim Handelsverkehr mit dem Ausland an die Valutaverhältnisse. So verlangte das Reich an seinen Grenzen die Zollzahlung in Gold. Es wurde Tatsache, daß ein Zollpflichtiger entweder 10 Mark in Gold oder 90 Mark in Papier zu leisten hat. Und reichte er bei einer Zollpflicht von 15 Mark Gold ein 20-Mark-Goldstück hin, so mußte ihm die Zollstelle nicht 5 Mark Papier, sondern den vollen Goldwert in Papier herausbezahlen.

So entschloß man sich in Berlin, den „Goldmann“ aufzuheben und den Handel freizugehen. Sofort setzte, in diesen letzten

Tagen, ein sehr lebhafter Handel ein. Große Beträge Goldmünzen wechselten fortgesetzt die Hand. Es ist von Interesse, daß dabei zuerst etwa 1:10 Mark Papiergeld für 10 Mark Gold bezahlt werden, also das Uebliche. Nichts ist beachtender als das für unsere Wälbte und Wirtschaftsgüter. Nebenbei ist zu bemerken, daß der Preis für eine Silbermark zuerst 5 1/2 Papiermark ist. —

Die Kaufkraft der Mark.

Man konnte in Wien am 3. Januar:

1 neue österr. Einheitsnote (20 Schilling) mit 150 M. hat	20,40 M.
100 russische Rubel	457 „ 80,00 „
100 belgische Franc	465 „ 80,00 „
100 holländische Gulden	494 „ 80,00 „
100 holländische Gulden	180 „ 170,00 „
100 rumänische Lei	135 „ 80,00 „

Man beachte den Preisstand des russischen Franc gegenüber dem Schweizer Franc (157 gegen 80). —

Was ist Korruption?

Wenn man die „Mote Kahne“ oder sonstige Blätter der Kommunisten liest, so scheint es, als wollten sich diese edeln Gemüter über den Fall Scharf vor Ekel lösen. Sumpf, Moale, Misthaufen, das ist ungefähr die Auswahl der Ueberschriften, die kommunistische Mäuler zum Falle Scharf erörtern. Die „Mote Kahne“ hat sogar herausgebracht, daß Reichswirtschaftsminister Koste durch ein Mittaraffen — sowohl, durch ein Mittaraffen — bestochen, einer Mittel- und unteren Firma einen Auftrag über mehrere Millionen, in Rechnungsbüchereien gegeben habe. Zwar werden derartige Arbeiten gar nicht vom Reichswirtschaftsministerium, sondern vom Reichsministerium vorgegeben, zwar hat die von der „Mote Kahne“ genannte Firma gar keinen Auftrag erhalten, was sich an den von der „Mote Kahne“ bezeichneten Zeitungen abhangeln lassen zum Teil gar nicht g. plant, zum Teil noch nicht in Angriff genommen, aber was tut es 14 doch zu schämen, von einem wirtschaftssozialistischen Minister zu behaupten, daß er für ein gar mertes Preisgeld Millionenaufträge aus der Hand lasse.

Sollen die Kommunisten aber nicht wissen, was wirkliche Korruption ist? Wenn sie ein Bild wirklicher Korruption haben wollen, so möchten wir ihnen ein Dokument als Gemüte führen, dessen Autorität sie sicher nicht bestreiten werden. Es handelt sich um die Parteileitung, die ein kommunistischer Führer selber, Doktor Ernst Bittelheim, von dem Treiben der deutschösterreichischen kommunistischen Partei gegeben hat. Bittelheim war im Mai 1919 von der kommunistischen Zentrale der dritten Internationale nach Wien geschickt worden, um dort Ordnung zu schaffen. Es gelang ihm zwar, die bisherige Parteileitung zu entfernen, aber die neue Parteileitung erwies sich als noch schlimmer. Bittelheim hat über seine Erfahrungen einen offiziellen Bericht angefertigt, den der Wiener „Kampf“ in seiner Nummer 27 (Jahrgang 12) wörtlich abgedruckt hat. Ueber die erste Parteileitung, die er befehligte, urteilt Bittelheim folgendermaßen:

Stille, verlogene Elemente, die kühne Worte über die Proletarierrevolution sprachen, aber zur Tat sich feige verhielten, haben, unfähige Elemente, die lediglich in Form von gesellschaftlichen Gesprächen die revolutionäre Tat herbringen wollten, gewissenlose oder gewandte Elemente, die sich stets finden, wo man durch Windbeutel viel Geld verdienen kann, . . . dies war die Parteileitung.

So charakterisiert Bittelheim die erste Parteileitung der österreichischen Kommunisten. Dann kam der Parteitag, der eine neue Leitung schuf. Von ihr sagt Bittelheim:

Auf dem Parteitag wurde jedoch das Proletariat betrogen. Es wurden neue radikale Führer gewählt, in dem Glauben, daß diese eine noch viel radikalere Arbeit leisten würden. Diese radikalen Führer führten jedoch am ersten Tag ihrer Wahl vor der Revolution zurück. Sie fürchteten sich vor der Arbeit und stellten nur eine einzige gründende Veranstaltung ab, veranstalteten jedoch um so mehr Automobilausflüge, und die Führer verlangten immer nur Geld, Geld und wieder Geld, konnten jedoch niemals ordnungsgemäß Rechnung legen. Sie verhielten sich ungläubig. So daß in der Partei sich niemand mehr fand, der ohne Belohnung auch nur den Finger gerührt hätte. Unter dem Titel „Alle Schuld“ verlangten sie immer wieder Geld von den delegierten Genossen. Um nur einzelne Daten zu erwähnen, wurden aus dem für die Unterhaltung der am 15. Juni verlesenen Genossen und der Hinterbliebenen der Gefallenen bestimmten 20.000 Kronen diesem Zwecke höchstens 5000 bis 6000 Kronen zugewendet. Bei dieser ungläubigen Korruption war ein weiteres Arbeiten unmöglich, und deshalb verweigerte der delegierte Genosse jede weitere Geldunterstützung. Von diesem Augenblick an kam aller Schmutz der Partei zutage.“

So, berechnete Herren von der N. N. D., sieht wirkliche Korruption aus. —

Das schlechteste Buch.

Bekanntlich verteilt die französische Akademie alljährlich allerlei Literaturpreise. Da sie sich durch Skooptation erneuert, hat sie unvermeidlich einen reaktionären Anstrich, was zur Gründung anderer Akademien geführt hat, worunter die bekannteste die Akademie Goncourt ist, die andre Preise verteilen. Aber auch diese Akademien verfallen bald demselben Schicksal. Die Akademie Goncourt soll, nach dem Vermächtnis ihrer Begründer, der Gebrüder Goncourt, alljährlich das beste Buch des Jahres eines jungen Schriftstellers „kürnen“. Für das Jahr 1919 wurde ein ziemlich mäßiges Buch eines Fünfzigjährigen aus-erwählt.

Wohl um diese Preisverteilung zu perfektionieren, bildete sich ein Komitee junger Schriftsteller, um das schlechteste Buch des Jahres zu wählen. Ueber die Sitzung und die Wahl des Komitees wurde den Mäthern folgendes Protokoll mitgeteilt:

„Nach einer Diskussion, in deren Verlauf die Namen verschiedener Schriftsteller und Mitglieder verschiedener Akademien vorgeschlagen wurden, ist der Preis „des schlechtesten Buches des Jahres“ einstimmig dem Friedensvertrag erteilt worden.“

Der Witz ist wirklich nicht schlecht. Er ist bezeichnend für die Art, wie in Frankreich in den denkenden Kreisen der Friedensvertrag beurteilt wird. Die „Humanität“ bemerkt hierzu: Das ist wenigstens einmal ein Preis, der nicht an die falsche Adresse kommt. —

Notizen.

Trotsky ermordet? Was an Nachrichten aus dem fernem Osten kommt, ist wenig klar und muß mit der größten Vorsicht aufgenommen werden. So wird über Koblenz, daß ein Gerücht verbreitet, wonach Trotsky erschossen worden sei nach den Einzelheiten, die geschildert werden, war Trotsky nach der Eisenbahn abgereist, um dort, wo die roten Truppen ohne zwingenden Grund, unter Zurücklassung der Artillerie, ihre Stellungen geräumt hatten, ein Strafgericht abzuhalten. Vor allem nahm er sich den kommandierenden General Vorisow vor, der ihm sehr scharf antwortete, worauf Trotsky in höchster Wut Befehl gab, den General augenblicklich zu erschießen. Als der Adjutant Vorisow dieses hörte, zog er seinen Revolver und löstee Trotsky durch drei Schüsse. Eine Bestätigung dieser Schilderung liegt noch nicht vor; wie empfohlen darum nochmals, sie für sehr fragwürdig zu halten. —

Die letzten Schwierigkeiten bezüglich der „Temps“ mitteilt, wird der Ministerrat am Montag u. a. auch die Abmachung betreffend das von Deutschland zu übernehmende Eisenmaterial befehlen. Minister Loucheur und Generalsekretär Dulac hätten gestern nachmittag in Kertch v. Persners Wohnung mit diesem darüber verhandelt und die letzten Schwierigkeiten schienen so gut wie beseitigt zu sein. Man glaubt, das Inkrafttreten des Friedensvertrags werde sich möglicherweise um 48 Stunden auf den 8. Januar verschieben. —

Urgen Diebstahl bei der Eisenbahn. Gegen ungetreue Eisenbahnbedienstete nimmt ein Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten nunmehr in schärfster Form Stellung. Zu dem Erlaß, der sämtlichen Beamten und Arbeitern mitgeteilt werden soll, heißt es nach der „Deutsch. Allgem. Ztg.“ unter anderem: „Bedienstete, die bei Verletzung an Diebstählen, Schleichungen und Bestechungen überführt sind, sind unter Auschluss mildernder Umstände und ohne Rücksicht auf den Wert des entwendeten oder verschobenen Gutes oder die Höhe der Verurteilung unter Verurteilung der Bestimmung des Beamtenrechts oder des Arbeitvertrags aus dem Eisenbahndienst zu entfernen und von der Wiederanstellung in den Eisenbahndienst für alle Zeit auszuschließen.“ —

21 000 Mann Entente-Truppen in Oberschlesien. Für die Besetzung des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes sind an Entente-Truppen vorgesehen: Ein Divisionsstab, 16 Bataillone, ein Regiment Kavallerie, zwei Artilleriebataillone, zusammen 21 000 Mann. Die Nationalität der Truppen steht noch nicht fest. —

Der französische Geschäftsträger ernannt. Petit Parisien behauptet, daß der ehemalige französische Generalkonsul von Genoa de Mareilly, der vor einigen Tagen den Rang eines bevollmächtigten Ministers erhielt, zum französischen Geschäftsträger in Berlin ernannt werden wird. —

Passive Resistenz in den Frankfurter Eisenbahn-Verhältnissen. Die Eisenbahnverwaltung in Frankfurt am Main teilte dem Eisenbahnminister die Tatsache des Eintritts der passiven Resistenz der Groß-Frankfurter Eisenbahnverhältnisse Arbeiter mit. Der Minister richtete darauf an die Direktion ein Telegramm, worin es heißt, die Arbeiterschaft sei unter Hinweis darauf, daß die Durchführung der Tarife auf 1. Januar 1920 bereits zugesagt sei und Zuschläge auf die neuen Lohnsätze schon zugesagt würden sowie auch keine Verzögerung in den Tarifverhandlungen vorliege, aufzufordern, die grundlose passive Resistenz, spätestens bis Montag den 5. Januar einzustellen und ordnungsmäßig zu arbeiten, widrigenfalls die Hauptwerkstätten wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebs am Dienstag den 6. Januar geschlossen und sämtliche Arbeiter gelündigt werde. — Nicht minder gefährlich wie ein Generalstreik der Eisenbahn für unter geordnetem Wirtschaftlichen sein würde, würde es sein, wenn die Eisenbahner zur Unwendigkeit der passiven Resistenz als Kampfmittel übergehen würden. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands wäre dann nur noch eine Frage kurzer Zeit. Damit wären dann aber nicht nur alle wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution verloren, sondern wahrscheinlich auch alle politischen und oben-drein auch die Aussicht, in absehbarer Zeit wieder in die Höhe zu kommen. —

Lohnbewegungen in Skandinavien. In Dänemark findet ein Ausstand der Telefonangelegten statt. Außer den Arbeitern sind gegen 6000 weibliche Angestellte des Fernsprechanstaltens im Ausstand. Nach einem Telegramm aus Stockholm ist bereit sich in der Maschinenbauindustrie ein Ausstand vor. Viele Werkstätten in Stockholm und andern großen Städten Schwedens liegen bereits still. In Stockholm wird die Zahl der Ausständigen auf 3000 geschätzt. Auch andere Betriebe, in denen etwa 8000 Arbeiter beschäftigt sind, stehen vor der Arbeitsüberlegung. Zugleich kommt aus Christiania folgende Nachricht: In fast allen norwegischen Industriezweigen scheinen neue schwere Lohnkämpfe bevorzustehen. Vorläufig haben gegen 4000 Arbeiter, nämlich Bauarbeiter, Eisens- und Metallarbeiter, Seute und Typographen, ihre Lohnsätze gefordert. Es werden weitere Forderungen erwartet, da die andauernd steigenden Preise der Lebensnotwendigen des täglichen Lebens die Lohnnachfrage unwirksam gemacht haben. Die Krise, die der Weltkrieg erzeugt hat, zieht auch die neutralen Länder in ihre Preis. —

Eine neue Amerikaline. Hier traf der Vizepräsident der Amerikaline, Mr. J. F. McEwen, ein. Die Amerikaline will 14-Tage-Dienst nach Hamburg mit den 20.000-Tonnen-Dampfern Mandichuria Monopol und Kaufmann einrichten, die 10.000 Tonnen Frachtgut und 1400 Zwischenpassagiere mitnehmen. Mandichuria geht am 28. Januar nach New York ab. —

Auf dem Marsche nach Indien. Wiresch Preß zufolge melden die Bolschewisten den Einzug der roten Truppen in Buchara. Es sei ihnen ein herzlicher Empfang bereitet worden. Der Zugang bolschewistischer Streitkräfte aus Zentralasien nach der Gegend von Merw hält an. Die bolschewistische Werbestätigkeit in Zentralasien nimmt zu, und alles deutet darauf hin, daß die Sowjetregierung weittragende, England feindliche Pläne in Zentralasien verfolgt. „Times“ meldet aus Tschern, daß fast die gesamte tatarische Republik bolschewistisch gestimmt ist. Buchara und Merw liegen östlich vom Kaspijischen Meer unweit der Grenze von Afghanistan. —

Vom Regen in die Traufe. Der Schweizerische Bauernverband verlangt in einer Eingabe an die eidgenössischen Räte, daß die in Bankrotversetzungen gelagerten Vermögen in Form von Wertpapiere, Aktien, Edelmetallen, Edelsteinen usw., die vom Ausland in die Schweiz geschleift wurden, von der Konfiskation oder Besteuerung zu entlassen, ebenfalls zur Kriegsteuer herangezogen werden. Die Banken sollen verpflichtet werden, ein Verzeichnis der bei ihnen liegenden Depositen eingureichen. —

Einberufung des Völkerbundes. Laut „Chicago Tribune“ ist der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, von Washington aus benachrichtigt worden, daß Wilson den ausführenden Rat des Völkerbundes gemäß dem Friedensvertrag einberufen wolle, selbst wenn der Senat den Friedensvertrag bis dahin noch nicht ratifiziert. —

Neuer Erfolg der englischen Arbeiterpartei. Bei der Erziehung in Eben Valley erhielten der Kandidat der Arbeiterpartei Wright 11.982, der Kandidat der Liberalen Simon 10.244 und der Koalitionskandidat Fairguy 8134 Stimmen. Somit ist der Kandidat der Arbeiterpartei gewählt. —

Kommunistenberühmungen in Amerika. Nach übereinstimmenden Blättermeldungen wurden in Amerika Massenverbote erlassen, die Kommunisten vorgenommen. Ueber 5000 Parteibefehle wurden erlassen. Sämtliche Redakteure kommunistischer Zeitungen wurden eingesperrt und Massen von kommunistischen Werbestchriften beschlagnahmt. —

Wasch- und Wringmaschinen-Verleih-Geschäft
 „Billige Waschfrau“ 6214
Friedrich Steinkopf
 Magdeburg-Neust., Ankerstraße 4/5.
 Zustellung und Abholung der Maschinen
 :- durch eigenes Gespann kostenfrei. :-
 Tagesmiete für Wasch- u. Wringmaschine 3.50 Mk.
 Bestellungen nehme täglich entgegen. Zustellung
 und Abholung der Maschinen erfolgt 6 Uhr abends.

**Speisezimmer
Wohnzimmer
Schlafzimmer**
 Küchen-Einrichtungen
 sowie alle Einzelmöbel in gr.
 Auswahl, preisw. Reklam. Fey
 Subentw., Schöninger Str. 25
 Remise (3 Fächer) vert.
 624 Tücher, Badewäsche, 2. l.

Wilhelm-Theater
 Dienstag, Donnerstag und
 Sonnabend 7 1/2 Uhr
 Was das Geldverleihen hilft.
 Mittwoch, Freitag u. Sonntag
 Wiener Witz.
 Sonnabend und Sonntag
 3 1/2 Uhr
 Hänsel und Gretel.
 Montag, Donnerstag Kapell-
 meister Albert Wilhelm
 Ein Walzertraum.

Stratographen-Verein
 Magdeburg-Subentw.
 2958 gegründet 1897
 Halberstädter Straße 56.
Der Zeitungsschlüssel
 Erkennendes für Zeitungsjäger
 Preis 1.30 Mk.
 Buchhandlung Volkstimmel

Gewerkschaftskartell Magdeburg.
 Gewerkschaftsvorstände Dienstag den 6. Januar 1926
 nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Büchsefeld

Sitzung.
 Tagesordnung:
**Stellungnahme zu der außer-
 ordentl. Lebensmittelpreuerung.**
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß jede
 Gewerkschaft Vertreter entsendet. Der Kartellvorstand.

Deutsch. Transportarbeiter-Verband
 Verwaltung Magdeburg.
 Bureau: Stephansbrücke 38, l. - Tel. 276
 Besitzt vom Mitt. v. 10 bis 1 u. nachm. v. 6 bis 7 1/2 Uhr.
Mittwoch, 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr
Funktionär-Versammlung
 im Bürgerhaus, Stephansbrücke 38.
 Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zur Notwendigkeit einer Beitragserhöhung.
 2. Die neuen Preisfestsetzungen und Stellungnahme zu einer
 allgemeinen Lohnveränderung.
 3. Ausdrucksweise zu beiden Punkten und Gewerkschaftliches.
 Zu dieser Funktionär-Versammlung sind sämtliche Ver-
 waltungsmittelglieder, Sektionsleitungen, Einflüßler und alle
 Betriebsvertrauensleute eingeladen. Das vollständige Er-
 scheinen aller eingeladenen Funktionäre hierzu ist unbedingt
 notwendig. Ohne Verbandsbuch oder Mitgliedskarte kein
 Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein
Neuhaldensleben
 Am Mittwoch den 7. Januar, abends 8 Uhr, in
 Herzogs Festsaal
Mitgliederversammlung.
 Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt. Tagesordnung
 wird daselbst bekannt gemacht.
 1331 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband
 Bezirksverein Magdeburg.
 Dienstag den 6. Januar, 4 1/2 Uhr, in Friedrichs Festsaal,
 Große Diesdorfer Straße 254

Unsererordentl. Mitgliederversammlung
 Tagesordnung:
Erneute Stellungnahme zu unserer Lohnforderung.
 Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig, da wichtige Beschlüsse zu
 fassen sind. 161 Mit Gruß
 Der Vorstand.

Zentralverband d. Zimmerer Deutschlands
 Zahlstelle Magdeburg und Umgegend.
 Am Mittwoch den 7. Januar findet im Lokal P o p i e n, Berliner Straße, eine
Versammlung
 statt. Tagesordnung:
Erneute Stellungnahme zu unserer Lohnforderung.
 Das Erscheinen aller Kameraden ist dringend notwendig, da wichtige Beschlüsse
 zu fassen sind. Mit Gruß
 Der Vorstand.

Lichtspiele

Kammer-Lichtspiele Die Herrin der Welt III. Teil Der Rabbi von Kuan-Fu. Hauptdarsteller: Mia May Michael Bohnen Henry Szo. Künstlerische Oberleitung: Joe May. Ort der Handlung des 3. Teiles: China. Inhaltlich in sich abgeschlossen.	Colosseum Arno Starks Kraft im Kampf zwischen Handwerk und Maschine packendes Drama in 4 Akten. Hauptdarsteller: Ludwig Rex Lina Salten Revolution im Boudoir Lustspiel in 3 Akten mit Eva Richter Karl Harbauer	Tonbild-Theater Das Gebot der Liebe Filmchauffee in 5 Akten mit Eva May, Johannes Riemann Fräulein Vorschung volles Lustspiel in 3 Akten.	Weißer Wand Der schwarze Meister ein Filmchauffee in 5 Akten mit den Regisseuren des Liebesfilms. Verfasst von: Gustav Meyrink Hauptdarsteller: Ida Blüthgen Georg Henrich Kurier der Bank spannender Detektiv- film in 4 Akten.	Lichtspielhaus Panorama Liebe, die sich frei verschenkt Drama in 4 Akten. In den Hauptrollen: Wanda Treumann Reinhold Schünzel Karl Beckersachs Rolfs Ferienreise volles Lustspiel in 2 Akten - mit Rolf Lindau - Schulz.
--	---	--	---	--

Heute:
 Spielzeit: Wochentags 6-10.45 Uhr
 Sonn- u. Feiertags 2-10.45 Uhr
 Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Müller's Weindiele
Kabarett • Bar
 Str. 9 Apfelfstr. Str. 9
 am Alten Markt.
 Täglich:
**4-Uhr-Künstler-
 See**
 unter Mitwirkung erstkl.
 Kabarettkünstler.
 Abends 8 Uhr:
**Das Januar-
 Schlager-Programm**
 James Bach
 Irma Jäger
 Duett Wien-Berlin
 Ina Prechtin
 Gini Wolf
 Bruno Wiesner
 Marion Sazonig.

Park-Lichtspiele
 Wilhelmstadt (Luisenpark) Spielgartenstr.
Seine Beichte
 Bekenntnisse eines Lebemanns
 Filmdrama in 6 Akten nach dem Roman von
 Jolande Marés 17
 Hauptdarsteller:
 Reinhold Schünzel - Hedda Vernon
 Grit Hegesa - Regie: Hubert Moest
Wiedergefunden
 Packendes Drama in 4 Akten
Die blinde Henne
 Lustspiel in 2 Akten

Zirkus-Lichtspiele
 Nur noch bis Donnerstag
 das Sensations-Programm!
Die Arche
 7 Akte. Nach dem Urstein-Roman.
 Der glänzende Wiener Kunstfilm:
Stahl und Stein
 5-Akte-Drama.
 Spielzeit:
 Sonntags 3 bis 1/21 Uhr
 Wochentags 6 bis 1/21 Uhr

Welt-Panorama
 Wettelweg 56, l.
Portugal. Sizil.
 Jeden Dienstag Gr. Festtag. - Preiswahl
 Restaurant zur Apfel,
 Gubenburger Straße 10. 6232

Stadttheater
 Dienstag den 6. Januar
Carmen.
 Mittwoch Anfang 7 Uhr
Die Weber.
 Donnerstag den 8. Januar
 Jar und Zimmermann.

**Zentraltheater-
 Restaurant.**
 Abends 8 Uhr
Konzert
 der Salon-Kapelle des
 Zentraltheaters.
 Auftreten von
Käthe Schmieden
 und 145
Otto Spielmann
 vom Zentraltheater.

**Fürstenhof-
 Prunksaal**
 Fernus Str. 7758.
 Kaffe 10-1, 5-8.
 7 Uhr: 131
Detektiv Hanussen
Lorch-Familie
Fregolia
Cortwey
Panzer Fürst

**Fürstenhof-
 Tunnel**
 Eingang Viktoriastraße
 und Prälatenstraße
 Täglich 131
 -erklassig-
**Unterhaltungs-
 Konzert**
 Gute Getränke
 Gute Küche
 Mäßige Preise

**Elje u. Lothar
 Herrmanns Tanzkurse**
 für Stund- und moderne Tänze in Privat- und ge-
 öffneten Abendkursen beginnt im Hotel Kaiserhof
 (gegenüber der Ulrichstraße) am 8. und 15. Januar.
 Anmeldungen 4-6 Uhr. 27 293

**Fürstenhof-
 Diele**
 wofür selbst Gelegenheit
 geboten ist 131
**Hans
 Schnitzer**
 den besten seines Fachs
 kennen zu lernen!
 Hans Schnitzers Kon-
 zert, Antworten
 und Sätze sind von
 abtugendem Humor.
 Groß. Erfolg haben Abend
 für Abend die weiterhin
 in der Diele tätigen Künst-
 ler, als da sind:
 Karl Bernhard
 Hermann Klief
 Josef Carlo
 Leopold Siron
 Eida Krugmann
 Galdo Galbini
 Hanna Fritzel

Walhalla-Lichtspiele
 Nur 3 Tage: 15
Der 2. Film der Hans-Albert-Abenteuer-Serie
Die Prinzessin von Urbino
 Detektiv-Abenteuer in 5 Akten, mit
 Hans Albert und Ria Jende. - Ferner
 Erich Kaiser-Titz und Resel Orla in dem
 satigen Lustspiel
Fürst Seppel.
 Spielzeit Sonn- und Feiertags
 3 bis 1/21 Uhr, wochentags
 6 bis 1/21 Uhr.
 Erstkl. Künstler-Orchester.

Stephanshallen
 Direktion Rich. Frohocz
 10. Erstklassige
Varieté-Vorstellung.
 Eintrittspreise: Wochen-
 tags 1.00, Sonntags 1.49.
 dazu 20 Pf. Willertsteuer.

Zentraltheater
 Täglich 7 Uhr
 gelangt mit dem größten
 Erfolg die Nationaltheater
 Operette
**Die
 Salsingstee**
 zur Aufführung. 145

**Das
 Fünfter-Cafe
 Winter-Garten**
 bildet das
 Tagesgespräch
 in
 Magdeburg!
 Jeden Nachmittag:
 Vornehme
 Damen-Kaffee-Kränzchen.

Gesellschaftshaus Alter Fritz
 Berliner Straße 9 - Sub.: Alfred Kirchof
 Größter Mittags- und Abendisch.
 Abonnement (Ermäßigung). Volle Pension preiswert.
 Reichhaltige Abendkarte (mit und ohne Nacht). 11
 Saal für Hochzeiten u. Festlichkeiten. Vereins- u. Klubzimmer.

L. T. Lichtspiele Tivoli L. T.
 Gr. Diesdorfer Str. 210 u. 20 T.
 Von Dienstag bis Donnerstag
Erstaufführung in Magdeburg!
Tropengift
 Das Schicksal einer weißen Frau in Zentralafrika
 Drama in 5 Akten. - In der Hauptrolle 6233
Meg Gehrts
 die erste Kinobühnenkünstlerin in Zentralafrika.
Das Schicksal der Margareta Holberg
 Drama in 5 Akten mit Mia Tankan in der Hauptrolle.
 - Das Theater ist gut gedeckt. -

Mitmärker Hof, Stadt Hamburg
 Gränberg 51. 6239
 Dienstag und Mittwoch abend
Preis-Stat.
 Freundschaft laden ein
 Gr. Precht und Frau.
 Dienstag abends 8 Uhr
Gr. Preisstat.
 Gute Preise.

U. T. Lichtspiele U. T.
 Gr. Storchstr. 7
 Heute bis einsch. Donnerstag 13
 Erstaufführung für Magdeburg!
Die schwarze Gräfin
 großes Detektivdrama in 4 Akten.
Der provisorische Ehemann
 ganz ausgezeichnetes Lustspiel in 4 Akten.
 Anfang 6 Uhr. 293 Eigne Lichtanlage.

Raucht Bonitas!